DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

Der einzige lebende Kaiser, *den die Demokratiebewegung anerkennen kann: Gunnar Kaiser im Interview über Massenexperimente – und Nashörner!*

Seiten 12 und 13

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 64 ab Samstag, 2. Oktober 2021 bundesweit. Verkaufspreis 1,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an KDW e.V. IBAN: DE46 8306 5408 0004 2747 84 · BIC: GENODEF1SLR

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

Wo ist die »Vierte Gewalt«, die freie Presse? Hier. Dies ist die 64. Ausgabe einer der auflagenstärksten Print-Wochenzeitungen in deutscher Sprache.

Wir bleiben UNGEIMPFT

***Die Welt steht auf!* gegen die Tyrannei des MRNA-Genexperiments, Segregation, Gleichschaltung und Kinderschändermaske**



Generalstreik: Polizisten nehmen auf einer Demo am 19. September in Rom ihre Helme ab. Foto: worldwidedemos



Demokraten in den USA fordern ein sofortiges Ende der medizinischen Tyrannei. Foto: worldwidedemos



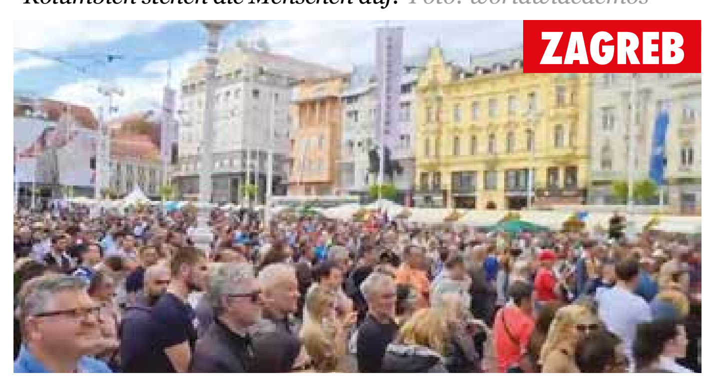
Der Freiheitsvirus verbreitet sich auch in Lateinamerika. In Kolumbien stehen die Menschen auf. Foto: worldwidedemos



Geeint und standhaft ziehen die Franzosen Woche für Woche durch die Straßen. Hier am 25. September. Foto: worldwidedemos



Ein Londoner Demokrat bringt es auf den Punkt. Foto: Kerry Murray Photography 2021



Kroatische Freiheitskämpfer versammeln sich zu Tausenden im Zentrum von Zagreb. Foto: worldwidedemos



Keine Polizeigewalt kann die Australier davon abschrecken, für ihre Freiheit einzustehen. Foto: worldwidedemos



Am 25. September zogen Hunderte Bürger friedlich durch die Straßen Berlins. Foto: Hannes Henkelmann



Die Brasilianer gehen in Massen FÜR, nicht gegen ihren Präsidenten auf die Straße. Foto: Markus Haintz

Inmitten des wahnwitzigen Notstands-Alltags und der menschenverachtenden Politik wurde während des deutschen Wahlkampfes so getan, als ob gerade alles irgendwie normal wäre.

Als ob es darum gehe, ob und wenn ja, *wo* Windräder hingestellt werden sollen, oder wie man neue Wohnhäuser baut. Einem großen Teil der Bevölkerung scheint es gelungen zu sein, die eigene Erniedrigung zu verdrängen oder genießen zu lernen; man wählte eine der Corona-Putschparteien des gleichgeschalteten Bundestags. Viele aufrichtige Demokraten, also Menschen, die der Ansicht sind, dass eine Gesellschaft sich ihre Regeln letztlich selbst aushandeln muss, hatten sich von der Wahl mehr erhofft, als die Fortsetzung des Krieges mit anderen Gesichtern. Dennoch ist das Ergebnis nicht niederschmetternd, denn es zeigt, dass die Demokratiebewegung Einiges erreicht hat. Wir sind viele. Wir sind sogar riesig groß. Das zeigen klar und deutlich die Zahlen, welche der Bundeswahlleiter nach dem Sonntag verkündete.

Im Vorfeld der Bundestagswahl wurde von den Parteien viel geredet, doch der rosa Elefant im Raum wurde hörbar verschwiegen: Kein Wort zu 1,5 Jahren Verfassungsbruch mithilfe des Corona-Notstands-Regimes. Kein Wort zu den mittlerweile wohl Tausenden Toten und mehr alleine in Deutschland durch die Spritze. Kein Wort zum totalitären Gesellschaftsumbau. Kein Wort zu dem sich bereits 2019 abzeichnenden Finanzsystemkollaps, welcher durch Corona nur überlagert wird. Kein Wort zu dem in einer Berliner Polizeimaßnahme gestorbenen Sascha.

Titeltext weiterlesen, Seite 7

Die Mahnerin mit Millionen-reichweite

Der Preis der Republik geht an Nicki Minaj

LAUDATIO | Von Nicolas Riedl



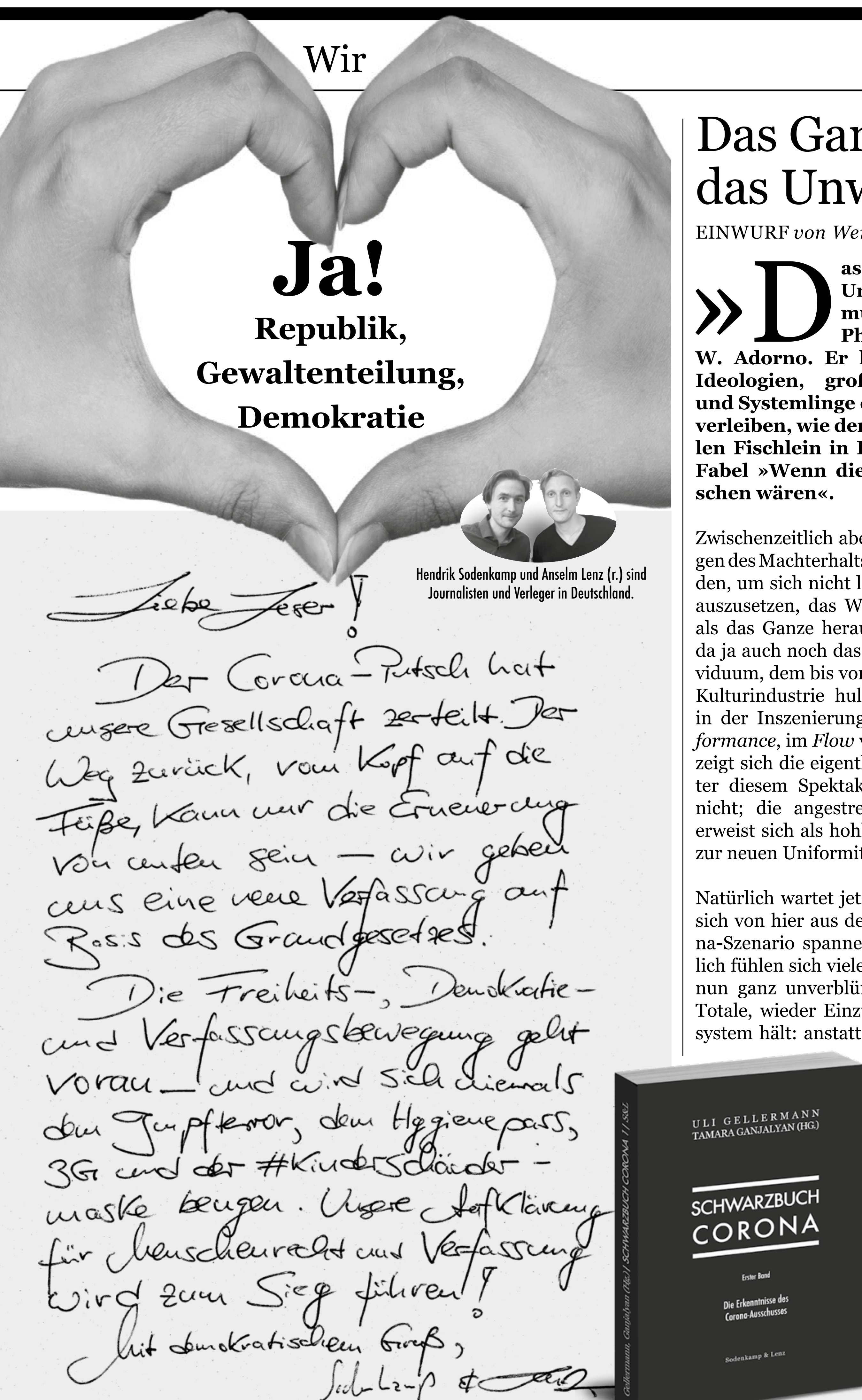
Die Rapperin Nicki Minaj hat nicht nur in ihren Musikvideos mächtig Arsch in der Hose, sondern auch dann, wenn es darum geht, sich mit dem Impf-Regime anzulegen.

So sprach sich die Künstlerin nicht explizit gegen die Impfung aus, doch teilte ihrer *Twitter-Followerschaft* mit, dass sie mit der Impfung warten würde, bis sie sich ausreichend informiert habe. Darüber hinaus berichtete sie auf Twitter, ein Freund ihres Cousins sei durch die Impfung impotent geworden. Dies wurde leitmedial augenblicklich als *Fake-News* abgekanzelt.

Es folgte sogar eine Einladung ins Weiße Haus. Die 38-Jährige sollte über die Impfung aufgeklärt werden. Ob Sleepy-Joe die Aufklärung persönlich vornehmen sollte, blieb bislang ungeklärt. Noch kam es nicht zu dem Besuch. Für ihre Unerschrockenheit, den Impfkult nicht unhinterfragt mitzutragen, gebührt Nicki Minaj angesichts ihrer Millionenreichweite der Preis der Republik. Schillernde Persönlichkeiten wie sie sind Sand im Getriebe des Corona-Regimes. Ein Wermutstropfen trübt allerdings diese Laudatio: Minaj bat ihre Fans darum, weiterhin Maske zu tragen.

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie geht an die Rapperin Nicki Minaj. Die Auszeichnung wird seit 27. Juni 2020 vom Unterstützerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, echter Polizist aus Siegen, Harrison, Friedemann Däblitz..



Ja!

Republik, Gewaltenteilung, Demokratie

Hendrik Sodenkamp und Anselm Lenz (r.) sind Journalisten und Verleger in Deutschland.

Liebe Leser!

Der Corona-Putsch hat unsere Gesellschaft zerteilt. Der Weg zurück, vom Kopf auf die Füße, kann nur die Erneuerung von unten sein – wir geben uns eine neue Verfassung auf Basis des Grundgesetzes.

Die Freiheits-, Demokratie- und Verfassungsbewegung geht voran – und wird sich niemals dem Impfterror, dem Hygienepass, 3G und der #Kinderschänder-maske beugen. Unsere Aufklärung für Menschenrecht und Verfassung wird zum Sieg führen!

Mit demokratischem Gruß,
Sodenkamp & Lenz

Uli Gellermann, Dr. Tamara Ganjalyan (Hg.): Schwarzbuch Corona – erster Band. Die Erkenntnisse des Corona-Ausschusses. Mitarbeit: Gabriele Krüper.

Erscheint bei Sodenkamp & Lenz, Berlin 2021. Bestellungen u. a. auf demokratischerwiderstand.de

*Schenkungen mit Verwendungszweck »Crowdfunding« gern an KDW e.V., IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84

PRINTABO-AKTION DW 2021 AUF DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE



A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLIN'DEN DEMOKRATIK BIR SELAMLAMA!

We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz.We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

Das Ganze ist das Unwahre

EINWURF *von Werner Köhne*

»Das Ganze ist das Unwahre« – so vermutete einst der Philosoph Theodor W. Adorno. Er kritisierte damit Ideologien, große Erzählungen und Systemlinge die sich alles einverleiben, wie der Haifisch die vielen Fischlein in Berthold Brechts Fabel »Wenn die Haifische Menschen wären«.

Zwischenzeitlich aber waren die Strategen des Machterhalts geschickter geworden, um sich nicht länger dem Vorwurf auszusetzen, das Wahre ausschließlich als das Ganze herauszustellen. Es gibt da ja auch noch das Einzelne, das Individuum, dem bis vor kurzem eine ganze Kulturindustrie huldigte. Aber gerade in der Inszenierung individueller *Performance*, im *Flow* von *VIPs* and *Vibes*, zeigt sich die eigentliche Wahrheit hinter diesem Spektakel. Es funktioniert nicht; die angestrebte Einzigartigkeit erweist sich als hohl oder formiert sich zur neuen Uniformität.

Natürlich wartet jetzt jeder darauf, wie sich von hier aus der Bogen zum Corona-Szenario spannen lässt. Offensichtlich fühlen sich viele gut versorgt, wenn nun ganz unverblümt das Ganze, das Totale, wieder Einzug in unser Wertesystem hält: anstatt dem »Ich« huldigt der coronierte Zeitgenosse wieder dem »Man«, das sich im Tragen einer Maske und im Anpeilen einer 100 Prozent Impfung quasi moralisch rechtfertigt, vor Empörung zitternd über die, die diese Ganzheit und vermeintliche Solidarität nicht mittragen.

Ganz im Sinne einer ganzheitlichen Mission wachen einige »völkische ... ääh Volksbeobachter« darüber, dass die Totalität der Volksgesundheit erreicht wird. Erst dann tritt ihrer Meinung nach wieder Ruhe ein – und wir können erneut zum narzisstischen »anything goes« zurückkehren. Aber meine Herren von Grönemeyer bis Herrn Meyer – das wird nicht hinhauen. Ein Phantom wie die totale Volksgesundheit wird in unseren Köpfen als Drohpotential hängen bleiben. Und die Systemrelevanz, zu der nun alles strebt, wird uns weiter davon abhalten, über das Ganze hinauszudenken.

Köhne, Autor der »Minima Mortalia«, geht auf Lesereise. Einladungen willkommen: *wernerpaulkoehne@gmail.com*

Die eugenische Impftherapie

Der Verdacht, dass die Corona-Impfung in vielen Fällen zu Unfruchtbarkeit führt, erhärtet sich mit jedem Tag. | Von Markus Fiedler



Eine Demonstrantin macht auf die hohe Anzahl der Impftoten aufmerksam. *Foto: H. Henkelmann*

Verglichen mit allen anderen Impfungen der letzten Jahrzehnte sind die Corona-Impfungen deutlich gefährlicher. Während im Mittel laut impfnebenwirkungen.net zwischen 2007 und 2017 pro Jahr etwa 525 Personen im europäischen Wirtschaftsraum nach Grippeimpfungen verstarben, so stehen diesen derzeit mit Stand vom 17. September 2021 6.754 Tote nach Corona-Genmanipulations-Impfungen gegenüber. Damit sind die vom Staat massiv aufgenötigten Corona-Genspritzen nach der aktuellen Datenlage 42-mal tödlicher als Grippeimpfungen.

Auf den gesamten europäischen Raum bezogen wurden laut der Auswertung der Datenbank der Europäischen Arzneimittel-Agentur (EMA), die durch impfnebenwirkungen.net erfolgte, bisher 3.666.882 Nebenwirkungen nach Corona-Genspritzen von insgesamt 953.347 Geschädigten gemeldet.

Darunter sind inzwischen 7.525 betroffene Kinder. Wenn Sie beachten, dass Kinder so gut wie gar nicht durch Corona-Viren erkranken oder gar sterben, ist diese Zahl skandalös. Inzwischen sind laut EMA-Datenbank 14.852 Patienten nach der Impfung verstorben. Europaweit wurden bereits 567.514.501 Impfdosen verabreicht.

Wir wissen aus einer freigeklagten BioNtech-Pfizer-Tierstudie aus Japan, dass das mRNA-Covid-Genpräparat BNT162B2 nach Verabreichung im gesamten Organismus der Probanden zu finden war, auch in den Gonaden, also den für die Fortpflanzung wichtigen Organen der Tiere. Aufschluss über die Beeinträchtigung der Fruchtbarkeit bei Menschen geben die Rohdaten der Studie »Preliminary Findings of mRNA Covid-19 Vaccine Safety in Pregnant Persons«. Diese zeigt, dass 81 Prozent aller Frauen, die sich in den ersten 20 Wochen ihrer Schwangerschaft einer Covid-Gen-Impfung unterzogen hatten, ihr ungeborenes Kind verloren. Die Studie kommt allerdings zu einer irreführenden Zusammenfassung und behauptet, dass keine signifikante Steigerung der Schwangerschaftsabbrüche zu erkennen sei.

FRAUENÄRZTIN SCHLÄGT ALARM

Die Gynäkologin Dr. Rebecca Leist veröffentlichte Anfang September auf ihrer *Homepage* ein Video mit einer eindringlichen Warnung, in der sie von alarmierenden Beobachtungen berichtet: »Nach der Covid-Impfung werden meine Kinderwunschpatienten zwar schwanger, aber sie erleiden frühe Fehlgeburten. (...) Nach 15-mal außerkörperlicher Befruchtung verblieb nur eine einzige Schwangerschaft. (...) Natürlich stellt dies keine repräsentative Erhebung dar, aber ich habe in meiner Praxis so etwas in den vergangenen 17 Jahren noch nicht erlebt. (...) Bei der außerkörperlichen Befruchtung liegt (Anmerkung: üblicher Weise) die Chance, schwanger zu werden bei circa 32 Prozent und die Chance, dann ein Baby zu gebären bei circa 23 Prozent.«

Nur eine erfolgreiche Schwangerschaft auf 15 Versuche stellt mit etwa sieben Prozent eine deutlich kleinere Erfolgsbilanz dar. Sollte die Frauenärztin Dr. Leist Recht behalten, dann stehen wir vor einem nie dagewesenen Geburteneinbruch in den nächsten Jahren. Denn dieses Phänomen wird die gesamte Bevölkerung und damit auch »gesunde« Paare betreffen, die sich nicht für eine künstliche Befruchtung entscheiden.

BILL GATES VISIONEN ERFÜLLEN SICH

Dieses sich hier abzeichnende Szenario deckt sich nur zu gut mit dem Ziel von Bill Gates, die Weltbevölkerung zu reduzieren. In einem Interview bei Markus Lanz aus dem Jahr 2011 sagte er bereits, dass er das Ziel mittels Impfungen erreichen wolle. Man kann das so interpretieren, dass er durch einen erhöhten Gesundheitsstand der Weltbevölkerung ein verändertes Sozialverhalten der Menschen mit weniger Kinderwünschen herbeiführen möchte.

So zumindest erklärte er es in der *Talk-Show*. Oder aber man unterstellt böswilliges Handeln im Zusammenhang mit Impfungen. Aber solche Gedanken sind mit Sicherheit krude Verschwörungstheorien. Schöne neue Corona-Welt.

Sie finden diesen Artikel erweitert mit Links zu Quellenangaben unter: *demokratischerwiderstand.de/artikel*



MELDUNG

SIE DROHEN MIT DER IMPFPFLICHT

Osnabrück/DW. Der Präsident des Berufsverbands der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ), Thomas Fischbach, fordert eine Corona-Impfpflicht für Lehrer, Erzieher und Pflegekräfte. Man müsse gegen Impf-Verweigerer vorgehen, sagte er kürzlich der »Neuen Osnabrücker Zeitung«. Betriebsärzte von Kliniken sollten das medizinische Personal an ihre »Pflicht erinnern, kranken Menschen zu helfen.« Wer die Impfung nach Monaten des Impfstoff-Überschusses immer noch verweigere, der müsse Konsequenzen spüren, »die wehtun«, so Fischbach. Das könne bedeuten, dass Krankenhäuser oder Pflegeheime Impfverweigerer entlassen. (rop)

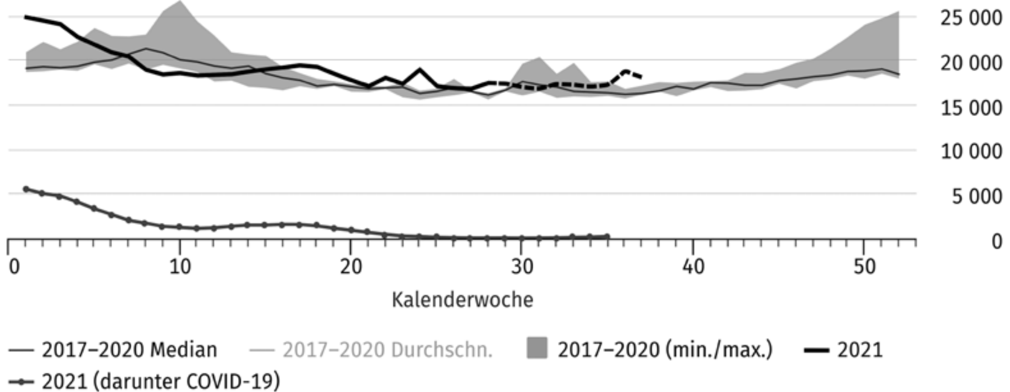
DIREKT NACH DER WAHL GEHT ES WIEDER LOS

Hamburg/DW. Zwei Tage nach der Bundestagswahl bereitet der Virologe Christian Drosten die deutsche Bevölkerung auf neue Corona-Maßnahmen vor. In seiner Sendung beim *NDR* mit dem Titel »Die Wissenschaft hat geliefert« verkündete er am 28. September 2021: »Die Zahlen sehen übel aus.« und stellte die These auf, dass die Menschen in Deutschland zu ungebildet seien, um sich impfen zu lassen. (hes)

ALLE JAHRE WIEDER KOMMT DER GIFT-*COCKTAIL*

Boston/Zürich/DW. Der Geschäftsführer des US-amerikanischen Impfstoff-Herstellers Moderna, Stéphane Bancel, plädiert für eine alljährliche Auffrischung der Corona-Impfung. Eine Injektion solle dann die Covid-, die Grippeimpfung und weitere Impfungen enthalten. Denn »das Virus wird nie wieder verschwinden, es wird immer wieder Impf-*Booster* brauchen«, behauptet er in einem Interview mit der Schweizer Tageszeitung *Blick*. Der 49-Jährige wurde während der Corona-Pandemie in nur wenigen Monaten mit der neuen mRNA-Technologie vom *Start-up*-Unternehmer zum Multimilliardär. (rop)





Quellen: Sterbefallzahlen insgesamt: Statistisches Bundesamt (Stand 27.09.2021), COVID-19-Todesfälle:

WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Die linksstehende Statistik zeigt die Sterbefälle in der Bundesrepublik im Vergleich der Jahre. Daraus geht hervor, dass die Anzahl der Gestorbenen seit dem Winter und Frühjahr 2020 deutlich unter den Zahlen der Grippewelle des Jahres 2018 und ähnlich den Zahlen anderer Jahre liegt. Das gilt auch für 2021. Es gibt demnach keine außergewöhnliche Übersterblichkeit.

Sars-Cov-2 (Corona) existiert. Der Virus ist auch nicht völlig ungefährlich. Corona ist jedoch nicht oder nicht wesentlich bedrohlicher als andere Grippeinfektwellen, wie sie zu jedem Jahreswechsel auf der Nordhalbkugel stattfinden.
Denn wäre Corona übermäßig bedrohlich – oder gar menschheitsbedrohend –, dann müsste die Sterberate von uns Menschen signifikant und ganz außergewöhnlich ansteigen. Das ist aber nicht der Fall. Die Daten sind jene des Statistischen Bundesamtes.

250 Expertenstimmen zu Corona: NICHTOHNEUNS.DE/VIRUS

»Ich halte diese Liste für Anstiftung zum Mord!«

***Karl Hilz, Polizeikommissar, Gründer der Polizisten für Aufklärung und Preisträger der Republik im* DW-INTERVIEW.**



Echter Freund und Helfer. *Seit über einem Jahr setzt sich Karl Hilz für Rechtsstaat, Gewaltenteilung und Verfassungserneuerung ein.* *Foto: Johnny Rottweil*

DW: Herr Hilz, zunächst bitte Ihr Kommentar zur deutschen Bundestagswahl!
Karl Hilz: (Lacht.) Die ist sehr, sehr interessant verlaufen. Bei der *ARD* lief ja bereits eine Bauchbinde der Hochrechnung am Donnerstag. Das Vertrauen in die ordnungsgemäße Durchführung der Bundestagswahl ist also schon im Vorfeld erschüttert worden, offenbar bei vielen Menschen. Die Altparteien waren jedenfalls prozentual so zu erwarten gewesen, und zwar in der Art, wie sie offenbar auch von den Mächtigen gestaltet werden sollten.

MELDUNG

NACH ZENSUR IN DEUTSCHLAND: RUSSLAND SCHIESST ZURÜCK

Berlin/DW. Am Dienstagnachmittag löschte der Google-Youtube-Konzern die russische Auslandswelle in Deutschland *RT DE* und den Kanal der *RT*-Sendung *Der Fehlende Part* wegen angeblicher »schwerer oder wiederholter« Verstöße gegen Richtlinien. Bereits am 21. September, kurz vor der Bundestagswahl, hatte *RT DE* eine Video-*Upload* Sperre für eine Woche bekommen. Die anschließende komplette Löschung des Kanals sei eine »Verwarnung für das Hochladen von Inhalten, die gegen unsere Covid-19-Richtlinie über medizinische Falschinformationen verstoßen«, erklärt ein Sprecher des Konzerns. Nun übt Russland Vergeltung und droht mit einer russlandweiten Sperrung aller *Youtube*-Kanäle, falls die Beschränkungen für *RT* nicht aufgehoben würden. *RT*-Chefin Margarita Simonjan sprach von einem »echten Medienkrieg« Deutschlands gegen Russland. (rop)

BERLINER VOLKSENTSCHEID ZUR ENTEIGNUNG ANGENOMMEN

Berlin/DW. Mit rund 56 Prozent der abgegebenen Stimmen ist am Sonntag der Berliner Volksentscheid zur entschädigten Enteignung von Wohnungsbaukonzernen mit über 3.000 Wohneinheiten angenommen worden. Dagegen stimmten 39 Prozent. Die Initiative »Deutsche Wohnen & Co enteignen«, benannt nach dem berüchtigten Wohnkonzern. Die Initiative war von dem Volkswirt und Mieter Rouzbeh Taheri gegründet worden. Die »rot-rot-grüne« Berliner Senat hatte bereits im Vorfeld die Ablehnung des Volksentscheides angekündigt und versucht, diesen als »nicht bindend« darzustellen. In Berlin sind in den vergangenen zehn Jahren die Durchschnittsmieten im Schnitt um rund 80 Prozent gestiegen. Bausubstanz und Wohnqualität sind von den Konzernen oft nachweislich absichtlich verkommen lassen worden. (ale)

Zweifeln Sie die Rechtmäßigkeit der Wahl an?
Interessant ist jedenfalls, dass jede Kritik, jede Äußerung von Verdacht, sofort gelöscht wurde – und dies ja beispielsweise vom Google-Youtube-Konzern zuvor bereits mitgeteilt worden war. In einem demokratischen Rechtsstaat muss es den Menschen aber erlaubt sein, ihre Meinung öffentlich zu sagen. Wir müssen dem Staat und den Mächtigen auf die Finger schauen. Wenn es unterbunden wird, multipliziert sich der Verdacht. So jedenfalls habe ich zumindest den Eindruck, dass sich die Regierenden und die Behörden mehr als ungeschickt benommen haben, falls sie das Vertrauen der Bevölkerung wiederherstellen wollen.

Ist das denn etwa nicht der Fall?
(Lacht.) Gestern wurde ich von einem griechischen Mitbürger angesprochen, ob wir in Deutschland wüssten, dass ganz Europa über uns lacht. Ein Kanzler, gegen den sich mindestens 75 Prozent der Wähler ausgesprochen haben – dies noch ohne die Nichtwähler – kann kein Vertrauen bekommen. So ähnlich geht es mir auch. Ich habe kein Vertrauen zu Olaf Scholz, auch keines zu Armin Laschet. Übrigens: Ein Kanzler muss nicht unbedingt die Mehrheit des Parlaments durch seine eigene Fraktion stellen, sondern sollte sie immer neu suchen müssen. Erst dann kann die Legislative wieder ihre Aufgabe grundgesetzgemäß erfüllen. Und: Minister sollten niemals aus dem Parlament rekrutiert werden.

Der kroatische Präsident Zoran Milanović hat die Impfkampagne des Landes am Dienstag, 28. September 2021, für beendet erklärt. Zuvor hatten Norwegen, Dänemark und viele andere Länder die Gabe des experimentellen Stoffes beendet. Wie lange wird der Staats- und Medienterror Ihres Erachtens in Deutschland weitergehen?
Ich befürchte, dass dieser Spritzenterror und die Panikmache in unserem Land so lange weitergehen werden, wie die Medien in ihrer ganzen Breite nur als Propaganda für die Pharmakonzerne und die Spitzen unserer Regierung fungieren. Solange die Menschen nicht wahrheitsgemäß informiert werden, werden sie nach diesen Spritzen rufen. Menschen, die in Angst gehalten werden, weil ihnen gesagt wird, sie bekämen ihre Grundrechte erst zurück, wenn sie sich sich impfen lassen, neigen unter diesem Drangsal dazu, den vermeintlich leichteren Weg zu gehen. Wir brauchen wahrheitsgemäße Berichterstattung.

Vor der Bundestagswahl tauchte eine Todesliste mit 250 Namen von oppositionellen Professoren, Journalisten, Künstlern und Menschenrechtsaktivisten auf. DW liegt diese Liste vor. Darauf stehen auch die bekanntesten Politiker der Parteien Die Linke, FDP, Die Basis, Freie Wähler und AfD. Diese Zeitung veröffentlicht die Liste auf Bitten einiger angesehener Teilnehmer der Demokratiebewegung nicht, Sie kennen Sie auch. Ihre Einschätzung?
Ich halte diese Liste für höchst problematisch. Derjenige, der diese Liste geschrieben hat, begeht Anstiftung zum Mord. Gleichzeitig haben alle, die diese Liste veröffentlichen, möglicherweise das Problem, dass sie die Zielsetzung des Täters ungewollt unterstützen. Die Liste selbst ist Unsinn und einem kranken Gehirn entsprungen. Ich selbst nehme das sehr gelassen, denn wer mich umbringen will, tut dies, braucht keine vorige Aufmerksamkeit. Es ist vor allem eine nicht hinnehmbare Art, eine politische Meinung durchzusetzen und Anderen anzudrohen, sie aus dem Leben entfernen zu lassen. In der freiheitlich-demokratischen Grundordnung hat es keinen Platz. Für den Täter gibt es Nervenheilanstalten mit Sicherungsverwahrung.

Es wird spekuliert, dass die mit dem Absender »Antifa« versehene Liste eine Aktion unter falscher Flagge sein könnte, womöglich sogar von irgendeiner verzweifelten Person der Demokratiebewegung selbst kommt.
Ich kann mir allenfalls vorstellen, dass Geheimdienste und der sogenannte Verfassungsschutz unserer Regierung dahinter stecken, um zu vermitteln, dass Menschen, die kritisch zur Regierung stehen, das Leben genommen werden kann. Das Ziel: Die Opposition im Land einschüchtern und brechen. Diese Einschätzung mache ich auch daran fest, dass führende Politiker ganze Bevölkerungsgruppen verleumden, indem sie sie in einen Zusammenhang mit Kriminellen und Rechtsradikalen stellen. Der mutmaßliche Mord an einem Tankwart von Idar-Oberstein wurde von Regierungskreisen dazu missbraucht, allen Menschen, die die Corona-Maßnahmen ablehnen, in den Kreis von Verbrechern und Terroristen zu rücken. Das ist aber eine Umkehrung der Sachlage. Die Demokratiebewegung agiert ausschließlich mit friedlichen Mitteln. Nur der Staat agierte unter Corona mit überbordender – und übrigens strafrechtlich relevanter! – Gewalt gegen die Menschen.

Bürger aus der Demokratiebewegung – Ärztinnen, Juristen, Bürgerrechtler und unabhängige Journalisten – haben eine monatliche Großdemonstration in der Hauptstadt Berlin angekündigt. Dies nach Vorbild der Demokratiebewegungen Englands und Frankreichs. Der erste Termin soll demnach am Samstag, 6. November 2021, 12 Uhr Unter den Linden und Brandenburger Tor sein.
Für mich ist diese Information aktuell neu. Aber wenn es zu einer solchen monatlichen Kundgebung kommt und diese von vielen wichtigen Kreisen in der Demokratiebewegung Unterstützung bekommt, werden auch wir Polizisten für Aufklärung dabei sein. Wir haben es mit einer Regierung zu tun, die Hochverrat begeht.

Diskutiert wird im Zuge dessen auch das Thema Sitzstreik. Hunderttausende Bürger setzen sich auf Straßen und Plätze und verlassen den Ort auch auf Aufforderung nicht mehr.
Es gibt dazu höchstrichterliche Urteile, dass es sich beim Sitzstreik nicht um Widerstand gegen die Staatsgewalt oder gar aktive Gewalt handelt, sondern um ein legitimes Mittel des politischen Ausdrucks, solange sich die Menschen beim Wegtragen nicht wehren. Es ist ja zudem auch verständlich, dass man sich hinsetzt, wenn man nicht dauernd stehen möchte. Das Mittel ist ein wichtiges, wenn man wie ich keinerlei Gewalt möchte. Gewalt wünschen sich nur die aktuell Regierenden, um viele Millionen von Menschen zu verleumden und dann noch zu behaupten, sie müssten einen Putsch niederschlagen. Deshalb: Sitzstreiks ja, Gewalt nein.

Viele Bürgerrechtler und Demonstranten haben mit abstrusen Bußgeldbescheiden und Gerichtsverfahren zu kämpfen – und stehen damit vermehrt alleine da.
Wir brauchen dringend eine neue Einrichtung, die Menschen rechtlich sowie bei Verfahrenskosten und Bußgeldern effektiv unterstützt. Ich wünsche mir da auch endlich effizienten Spendeneinsatz und Transparenz von unseren Organisationen *corona-ausschuss.de*, *klagepaten.eu* und *mutigmacher.org*.

Herr Hilz, wir danken Ihnen für das Gespräch.
Die Fragen stellte Anselm Lenz

Youtube-Schreiben: Löschung von Zweifeln an der Wahl. *Foto: Liberty News Berlin*

WAHLCHAOS IN BERLIN

Das Grundgesetz wurde am vergangenen Wahlsonntag erneut mit Füßen getreten. Die Berliner Landeswahlleitung versagte auf allen Ebenen. Die Leitmedien ignorieren die Tragweite dieses Skandals. | KOMMENTAR von Jill Sandjaja

Am vergangenen Sonntag konnt en die Berliner Wahlberechtigten ihre Stimme für insgesamt drei Wahlen und einen Volksentscheid abgeben. Für die Wahl der Bezirksverordnetenversammlung, des Berliner Abgeordnetenhauses, des Bundestags und für den Volksentscheid »Deutsche Wohnen & Co enteignen«.



Zwei Tage vor der Bundestagswahl gibt die ARD Wahlergebnisse in einer Quizsendung bekannt. Diese stimmen dann fast eins zu eins mit dem Endergebnis am Sonntag überein. *Collage: Jill Sandjaja*

Jeder Wahlberechtigte sollte insgesamt fünf Stimmzettel durch das zuständige Bezirkswahlamt beziehungsweise Wahllokal erhalten. Einige Wahllokale scheiterten bereits an dieser Aufgabe. Um 12 Uhr mussten Wahllokale aufgrund fehlender Stimmzettel sogar schließen. So manche Wahllokale öffneten erst gar nicht, da falsche Stimmzettel geliefert wurden. Der Nachschub an Stimmzetteln ließ Stunden auf sich warten. Die Landeswahlleiterin Petra Michaelis möchte dies am liebsten mit dem Berliner Marathon rechtfertigen, der die Stimmzettel-Logistik angeblich unmöglich gemacht haben soll. Es bildeten sich lange Warteschlangen vor den Wahllokalen. Wahlwillige mussten stundenlang anstehen, viele gingen auch wieder nach Hause, weil sie keine Lust oder Zeit für diesen Zirkus hatten.

PLAN- UND RECHTLOSIGKEIT

Dies ist nicht nur dem Stimmzettelchaos, sondern auch der Wahlkabinenknappheit zu verdanken. Obwohl einige Wahllokale genug Platz hatten, wurden teilweise nur zwei Wahlkabinen aufgebaut. Dennoch entschieden sich kreative Wahlleiter dazu, provisorische Wahlkabinen aus Klapptischen, Umzugskartons oder Koffern aufzubauen. Wer dennoch bis 19:30 Uhr blieb, hatte bereits die erste Hochrechnung in der *ARD* mitbekommen. Laut Bundeswahlgesetz sind solche Veröffentlichungen vor Ablauf der Wahlzeit unzulässig, oder etwa nicht? Der *ARD* war es anscheinend egal, dass in Berlin um 20 Uhr immer noch Menschen vor den Wahllokalen standen. Ebenso schulterzuckend ignorierte die Landeswahlleiterin auch die Wahlzeit laut Bundeswahlordnung, die von 8 bis 18 Uhr geht. Auch wenn es kein Gesetz gibt, dass die Verwendung von Bleistiften bei Wahlen verbietet, hätten sich viele Wähler wohler bei der Stimmabgabe gefühlt, wenn die Wahllokale ihnen auch Kugelschreiber zur Verfügung gestellt hätten. Ein Gefühl der Sicherheit hätten auch verschließbare Wahlurnen gegeben.

WAHL KÖNNTE ANGEFOCHTEN WERDEN

Eine demokratische Wahl muss laut Grundgesetz (Artikel 38) allgemein, unmittelbar, frei, gleich und geheim stattfinden. Leider hatten die Berliner WählerInnen keine gleichen Voraussetzungen. Stattdessen tut die politmediale Verbrecherbande so, als ob es sich bei der Berlin-Wahl um eine chaotisch-witzige »Pleiten, Pech und Pannen Heimvideo-Show« handelt und nicht etwa um eine schlicht unzulässige Wahl.

Nun soll angeblich die Abschreiberin Franziska Giffey als Oberhaupt Berlins gewählt worden sein, die im Gestus der Demut von ihrem Amt im Bundeskabinett abgedankt hat, um nun die ehemalige Kunst-und Kulturhauptstadt Berlin noch tiefer in den Abgrund zu führen.



Jill Sandjaja ist Architektin, Musikerin und DW-Illustratorin. Sie sagt: »Ich habe auf Rock'n'Roll geschworen.«

Für wen gilt dasVersammlungsrecht?

Mit dem Angriff auf die Basisdemokraten Deutschland, wurde auch Demokratie vom Hof gejagt. | Von Dr. Martin Heipertz

Am Freitag, den 24. September, wollte der Frankfurter Kreisverband der Basis seinen Wahlkampfabschluss mit einem großen Infostand auf dem Römerberg begehen. Wie alle 21 Infostände im vorausgegangenen Wahlkampf war auch dieser ordnungsgemäß angemeldet und genehmigt worden.

Ebenfalls hatte die Stadt Frankfurt eine Großkundgebung der Klimaaktivisten *Fridays for Future* genehmigt – zur selben Zeit und am selben Ort. Aus Sicht der Basis stellte dies ein Fragezeichen, aber nicht unbedingt ein Problem dar: Unter Demokraten und friedliebend würde man schon miteinander auskommen. Als die Klima-Demo eintraf, kam es jedoch unmittelbar zu Gewalt: Eine Gruppe militanter Jugendlicher bedrängte die Basisdemokraten, rempelte vor allem weibliche Parteimitglieder an, und entwendete und zerstörte Infomaterial. Zahlreiche Beleidigungen wurden gebrüllt, darunter: »Euch Nazischweine müsste man alle zwangsimpfen!« Die bedrohten Basisdemokraten baten schließlich die Polizei um Hilfe.

HINTER WEM STEHT DIE POLIZEI?

Mit einem Kordon trennte diese daraufhin Angreifer und Angegriffene, während nun auch vom Lautsprecherwagen des Veranstalters lauthals gegen die Demokraten gehetzt wurde: »Ganz Frankfurt hasst Querdenker«, hallte es über den Platz. Die Frankfurter Polizei *twitterte*: »Eine Gruppe aus dem Demozug von der #AlteOper umringt derzeit einen ebenfalls genehmigten Stand einer Partei am #Römer und schränkt damit deren Recht auf Demonstrationsfreiheit ein.«

Dass hier ein vom Grundgesetz geschütztes, demokratisches Grundrecht verletzt wurde, war der Polizei also bewusst. Doch sie unternahm nichts, um den Basisdemokraten zum Recht zu verhelfen. Keine Androhung, die Veranstaltung aufzulösen oder die gewaltbereiten Elemente festzusetzen. Der polizeiliche Einsatz beschränkte sich darauf, die Basis-Mitglieder unter Beschimpfungen aus dem Kessel zu geleiten.

Mit Schimpf und Schande wurde nicht die Basisdemokratische Partei Deutschland, sondern die Demokratie insgesamt vom Hof gejagt. Armes Deutschland.



VERSAMMLUNGSFREIHEIT: FREISPRÜCHE IN MEHREREN CORONA-VERFAHREN

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Markus Haintz

Der Erlanger Rechtsanwalt Harald Vogler hat kürzlich vor dem Landgericht München einen Freispruch in einem Berufungsverfahren erstritten, in dem einem Demonstranten die Beleidigung des bayerischen Ministerpräsidenten vorgeworfen wurde. Der Demonstrant trug ein Plakat, auf dem Markus Söder mit einer Maske abgebildet war, die auf den Oberlippenbart von Adolf Hitler anspielte.

Das Verfahren endete mit einem Freispruch. Ob ein (zwingend notwendiger) Strafantrag durch Söder gestellt wurde, konnte nicht geklärt werden, hierauf kam es jedoch auch nicht an. Das Gericht sah weder den objektiven Tatbestand der Beleidigung als erfüllt an, noch bejahte es einen Beleidigungsvorsatz. Es stellte vielmehr fest, dass im politischen Meinungsstreit auch scharfe Meinungskundgaben zulässig seien. Rechtsanwalt Vogler betonte die große Bedeutung des Urteils, welches die Meinungsfreiheit insbesondere auf Demonstrationen deutlich stärke.

Einen weiteren Freispruch konnte der bekannte Freiheitsaktivist Hans vom »Ruf der Trommeln« erwirken. Das Amtsgericht Waiblingen sprach ihn in einem Ordnungswidrigkeitenverfahren vom Vorwurf frei, gegen die Pflicht zum Tragen eines *Faceshields* verstoßen zu haben. Ein als Zeuge geladener Polizist konnte sich vor Gericht weder an eine Auflage bezüglich *Faceshields* erinnern, noch sonst etwas Erhellendes zum Tatvorwurf beitragen. Folgerichtig stellte das Gericht fest, dass kein versammlungsrechtlicher Verstoß vorlag, da ein solcher nur vorsätzlich begangen werden kann. Sofern dem Betroffenen also nicht nachgewiesen werden kann, dass er von der Auflage wusste, dürften solche Verfahren regelmäßig mit einem Freispruch enden.

Auch der Freiheitsaktivist Samuel Eckert wurde in einem Bußgeldverfahren mit 2.000 Euro Bußgeld vom Amtsgericht Neubrandenburg vom Vorwurf der illegalen Einreise nach Mecklenburg-Vorpommern im Rahmen der Corona Info Tour im November 2020 freigesprochen. Das Amtsgerichts folgte der Argumentation des Kölner Rechtsanwalts Dirk Sattelmeier, wonach auch Corona-Verordnungen grundgesetzkonform ausgelegt werden müssten. Wenn – wie damals – Ausnahmen für die Berufsausübung galten, müssten diese auch für die Versammlungsfreiheit gelten.

Markus Haintz ist Rechtsanwalt und Journalist.

Netzwerk



Die Übersichtskarte (oben) zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung. Siehe auch querdenken-711.de, BewegungLeipzig.de *und viele weitere. Demotermine (Ort, Zeit, Titel) eintragen auf* nichtohneuns.de *oder* demokratischer-kalender.de!

Deutscher Widerstand nach französischem Vorbild

Auch am vergangenen Wochenende zogen die deutschen Freiheitskämpfer durch die Städte und protestierten friedlich für ein gemeinsames Ziel: Freiheit!

Von Sunny aus Kassel

Sowohl bei der genehmigten Friedensdemo in Berlin unter dem Motto »Wir wählen die Freiheit«, als auch bei dem unangemeldeten Aufzug in Stuttgart versammelten sich wieder Tausende mutige Menschen, um der politischen Willkür ein Ende zu bereiten.

Friedlich aber bestimmt marschierten die Menschen mit ihren Trommeln und dem kraftvollen Sprechchor »Frieden, Freiheit, keine Diktatur« durch die Straßen. In Stuttgart nahmen sich die Menschen die »Citoyens Anonymes« (deutsch: anonyme Bürger) aus Frankreich zum Vorbild, welche sich wöchentlich an zentralen Punkten zum Protest zusammenfinden.

Auch nach einer kurzen Konfrontation mit den Stuttgarter Polizeibeamten, die eine Polizeikette in Richtung Karlsplatz bildeten, konnte der Demonstrationszug weitergeführt werden. Obwohl die Polizisten den unangemeldeten Aufzug jederzeit hätten stoppen können, wurden die Teilnehmer nicht daran gehindert, ihre Versammlung fortzuführen. So konnte dieser mit Hilfe der Trommler durch die Innenstadt fortgeführt werden.

Wir sind gespannt, ob sich der anonyme Protest, ohne Anmeldung und ohne Label, auch in Deutschland durchsetzen wird.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG:

Online: nichtohneuns.de — Senden Sie uns die Termine ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

Datum/Zeit	Ort	Veranstaltung
02.10.2021 13-16 Uhr (jeden Sa)	Baden-Baden, Reinhard-Fieser-Brücke / Sophienstr. 1b	Kundgebung: Immunität für Demokratie, Freiheit und soziale Sicherheit
02.10.2021 11-14 Uhr (jeden Sa)	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung: Gemeinsam friedlich für Wahrheit und Freiheit!
02.10.2021 15-18 Uhr (jeden Sa)	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft für Menschlichkeit, Frieden & Naturrechte
02.10.2021 14-17 Uhr (jeden Sa)	Fulda, Universitätsplatz	Demo für Frieden und Freiheit durch Eigenverantwortung und Selbstbestimmung
02.10.2021 18-20 Uhr (jeden Sa)	Greiz, Brunnen vor dem Rathaus - Am Markt	Demo gegen die Coronamaßnahmen
02.10.2021 13:45-16 Uhr (jeden Sa)	Hannover, Hochschule Hannover - Ritter-Brüning-Str.	Autokorso für Grundrechte
02.10.2021 10 - 03.10.2021 20 Uhr	Konstanz, Bodensee (Details *online*)	Friedenskette
02.10.2021 15:15-17 Uhr (jeden Sa)	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang
02.10.2021 13-16 Uhr (jeden Sa)	München, Theresienwiese (aktuelle Infos auf Telegram)	Autokorso
02.10.2021 17-19:30 Uhr (jeden Sa)	München, Münchner Freiheit	UlliOma & Friends
02.10.2021 10:30-13 Uhr (jeden Sa)	Prien am Chiemsee, Am Sportplatz / Bernauer Str.	Schilderaktion Freiheitsallee
02.10.2021 14-16:30 Uhr (jeden Sa)	Stuttgart, Landtag	Demo für das Ende der Maßnahmen
03.10.2021 12-15 Uhr	Berlin, Olympischer Platz	Autokorso: Freie Geister gegen die Spaltung
03.10.2021 14:30-17 Uhr (jeden So)	Cottbus, Stadthallenvorplatz (Berliner Platz 6)	Fahrradkorso für Grundrechte (bei Regen Autokorso TP: Viehmarkt)
03.10.2021 14:30-17 Uhr (jeden So)	Köln, Heumarkt	Kundgebung für unsere Freiheit und unsere Grundrechte
03.10.2021 15-18 Uhr	Landshut, Ringelstecherwiese	Klappstuhlcafé XXL (wenn es nicht regnet)
03.10.2021 14-15:30 Uhr (1. So im Monat)	München, Professor-Huber-Platz (gegenüber Uni)	Mahnwache für Julian Assange
04.10.2021 11-14 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Nordufer 20	Mahnwache vor dem RKI
04.10.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Kaiserdamm - 52.51015 N, 13.29145 E	Abendläuten
04.10.2021 18:30-20 Uhr (jeden Mo)	Bottrop, Kirchplatz 1	Spaziergang - Gemeinsam in Liebe gegen Spaltung
04.10.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang für Frieden, Freiheit, Souveränität
04.10.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Erfurt, Rathaus - Fischmarkt 1	Spaziergang für Grundrechte
04.10.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Konstanz, Marktstätte	Montagsspaziergang
04.10.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Königs Wusterhausen, Schloßplatz/Gerichtsstr.	Demokratieflashmob
04.10.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	München, Marienplatz	Magic Monday MediTANZion
04.10.2021 17-18 Uhr (jeden Mo)	Oranienburg, Schloßplatz	Schilderaktion für Grundrechte
04.10.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung für Grundrechte & Beendigung des Lockdowns
04.10.2021 19-21 Uhr (jeden Mo)	Prien am Chiemsee, Vor dem Rathaus - Bernauer Str.	Montagsspaziergang zur gegenseitigen Vernetzung
04.10.2021 18-20 Uhr (jeden Mo)	Rotenburg (Wümme), Heimathaus - Burgstraße	Spaziergang - Das System muss weg
04.10.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Zwickau, Hauptmarkt	Montagsdemo - Wir müssen reden!
05.10.2021 16:45-18:30 Uhr (jeden Di)	Berlin, Hermann-Ehlers-Platz (Mittelstreifen Schlossstr.)	Schilderaktion
05.10.2021 17:30-21 Uhr (jeden Di)	Freiburg im Breisgau, Parkplatz des neuen SC-Stadions	Autokorso für Grundrechte
06.10.2021 19-21 Uhr (jeden Mi)	Hagen, Eilper Denkmal - Eilper Str. 41	Bürgertreff und Spaziergang
06.10.2021 19-20 Uhr (jeden Mi)	Königsbrunn, Marktplatz am Rathaus	Kundgebung für Grundrechte
06.10.2021 17:30-20 Uhr (jeden Mi)	München, Ort siehe *online*	Mittwochsumzug
06.10.2021 19-20:30 Uhr (jeden Mi)	Rosenheim, Ichikawa-Platz - Schönfeldstr. 19	Mahnwache für Grundrechte und ein Ende des Lockdowns
07.10.2021 16-18 Uhr (jeden Do)	Berlin, Ecke Wilmersdorfer Str. / Goethestr.	Bürgerinitiative Nachbarschaftsdialog Charlottenburg
07.10.2021 18-20 Uhr (jeden Do)	Burgau, Rathaus	Demo gegen Coronamaßnahmen und Impfpflicht
07.10.2021 18:30-20 Uhr (jeden Do)	Hanau, Großauheim - Pilgerstr. / Ecke Leinpfad	Mahnwache für Grundrechte
07.10.2021 18-19 Uhr (jeden Do)	Poing, Marktplatz/direkt am S-Bhf	Versammlung für Wahrheit, Frieden, Freiheit und Toleranz
08.10.2021 16-19 Uhr (jeden Fr)	Bargteheide, Markt/Stadtpark	Freiheitspicknick
08.10.2021 15-16 Uhr (jeden Fr)	Erfurt, Zw. MDR und Bundesgartenschau	Schilderprotest - Hände weg von unseren Kindern
08.10.2021 17-19 Uhr (jeden Fr)	München, Stachus - Karlsplatz 1	Open Mic - Demokratie leben
09.10.2021 12-23:59 Uhr	Dresden, THW - Friedrich-List-Platz 1	Studentendemo für Präsenzlehre, Freiheit & Aufhebung der Corona-Maßnahmen
09.10.2021 17-19:30 Uhr (jeden Sa)	München, Münchner Freiheit	UlliOma & Friends
09.10.2021 14-18 Uhr	Nürnberg, Wöhrder Wiese (oder siehe *online*)	Aufzug - Nürnberger Kodex: Die Menschenwürde bleibt unantastbar!
10.10.2021 10-23:59 Uhr	München, Ort siehe *online*	Großdemonstration
13.10.2021 18-20 Uhr (jeden 2. Mi)	Hanau, Marktplatz	Mahnwache für Grundrechte
15.10.2021 17-19 Uhr (jeden Fr)	München, Marienplatz	Open Mic - Demokratie leben
16.10.2021 16:30-19 Uhr (jeden Sa)	München, Münchner Freiheit	UlliOma & Friends
17.10.2021 14-17 Uhr	Heidelberg, Universitätsplatz	Demo: Aufklärung bewahren statt Hygienekreuzug
22.10.2021 17-19 Uhr (jeden Fr)	München, Marienplatz	Open Mic - Demokratie leben
23.10.2021 16:30-19 Uhr (jeden Sa)	München, Harras	UlliOma & Friends
29.10.2021 17-19 Uhr (jeden Fr)	München, Stachus - Karlsplatz 1	Open Mic - Demokratie leben
30.10.2021 16:30-19 Uhr (jeden Sa)	München, Marienplatz	UlliOma & Friends
01.11.2021 18-19:30 Uhr (jeden Mo)	Zwickau, Hauptmarkt	Montagsdemo - Wir müssen reden!
05.11.2021 17-19 Uhr (jeden Fr)	München, Ort siehe *online*	Open Mic - Demokratie leben
06.11.2021 15:30 Uhr (jeden 1. Sa i. Monat)	BERLIN	1. MONATL. GROSSKUNDGEBUNG DER DEMOKRATIEBEWEGUNG

DER AKTUELLE KALENDER FÜR DIE VERFASSUNGSBEWEGUNG!

Schicken Sie jetzt Ihre Versammlungstermine an die Web-Adresse demokratischer-kalender.de oder die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* So stellen wir gemeinsam sicher, dass Menschen deutschlandweit zu den Veranstaltungen und Aktionen für das Grundgesetz kommen können. Niemand muss alleine bleiben, niemand wird zurückgelassen.

Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN

DEN BAYERISCHEN LANDTAG ABBERUFEN

14. - 27. OKTOBER 2021

In allen Gemeinden können die Bürger im genannten Zeitraum in ihrem zuständigen Rathaus ihre Unterschrift leisten: Den Landtag und damit *Fake*-Ministerpräsident Söder absetzen. Die Bayern haben erstmals die Chance, gemeinsam der bayerischen Politik die Grenzen aufzuzeigen. (cst)

»THE REVOLUTION WILL NOT BE TELEVISED«

Fortsetzung vom Titel
von Hendrik Sodenkamp

Die Revolution wird nicht im Fernsehen übertragen werden, sang Gil Scott-Heron. Die Gleichschaltung der Medien auch im Bundestagswahlkampf lässt nur einen Schluss zu. Wir müssen freie Medien auf allen Ebenen stärken, im Print, *Online* – wir brauchen Fernsehsender und Radio. Wir brauchen Aufkleber und Flugblätter, wir brauchen Symbole, wir brauchen Infostände überall und eine selbstverständliche Offenheit in der Nachbarschaft, bei der Arbeit, in der Öffentlichkeit. Etwa: »Ja, ich bin Oppositioneller, ich will die Freiheit und eine Verfassungserneuerung durch uns Menschen selbst. Die Friedliche Revolution von 1989 muss und wird vollendet werden.« Und nun schauen wir uns die Bundestagswahl noch einmal an, an deren seriöser Durchführung Zweifel insbesondere im Land Berlin bestehen.

ERFOLG DER PARTEI DIE BASIS: 735.000 STIMMEN

Die größten Verluste hat laut Bundeswahlleiter die Union zu verzeichnen. Sicherlich wird das zum einen damit zu tun haben, dass die Menschen nach 16 Jahren Herrschaft einfach die Faxen dicke von CDU/CSU hatten und der lachende Laschet, mit Pardon, eine Witzfigur abgab. Dabei darf man aber nicht vergessen, dass die feisten Gesichter von Söder, Spahn, Braun und eben Laschet auch die Gesichter der Corona-Pandemie waren und sind, nicht nur Merkel. Die CDU/CSU hat noch mehr ihr Gesicht verloren als die SPD, welche in erster Linie mit der Politclown-*Show* Karl Lauterbachs aufwartete. An den Pharmalobbyisten Lauterbach hatte Vizekanzler Scholz das Thema offenbar frühzeitig delegiert. Der tief in den Cum-Ex-Finanzskandal verstrickte Scholz blieb zumeist ganz still.

Waren die Unionsfürsten zu Beginn der Pandemie noch in den Umfragen in den Himmel gelobt worden dafür, dass sie Kinder hinter Masken sperrten, Jugendliche durch den Park hetzen ließen und alle Universitäten und Theater dicht machten, breitete sich nach den nicht aufhörenden Tausenden Demonstrationen der Demokratiebewegung doch ein Zweifel in der gesamten Bevölkerung aus: Will ich diesen Scheiß wirklich weiter?

Die augenscheinlichen Corona-*Hardliner* in der Regierung wurden abgestraft – auch wenn die SPD mit den Auslassungen einer Saskia Esken (»Covidiot«), der traurigen Lügenpropaganda eines Frank-Walter Steinmeier im höchsten Amt, dem Roboter-Ton eines Olaf Scholz oder den aggressiv erstickten Tränen eines Michael Müller um keinen Deut besser war. Die SPD konnte nur deshalb auf niedrigem Niveau stabil bleiben, weil die Corona-Lügen-Politik vorrangig mit der Union verbunden wird und sie selber in erster Linie mit bizarren Hilferufen nach Luftfiltern.

Das Schönste an der Wahl ist das desaströse Abschneiden der Partei Die Linke. Diese hatte von Beginn an das Corona-Ermächtigungsregime in Wort und Tat unterstützt, in der irrigen Annahme dadurch »Regierungsfähigkeit« zu demonstrieren. Was an dem Corona-Putsch »links« im eigentlichen Sinne



Demokraten werden am 25. September 2021 in Berlin hinter Masken genötigt. Foto: H. Henkelmann

ist, konnte bis heute noch kein Parteikämpfer erklären. Weder haben sich die Arbeitsbedingungen mit höheren Gehältern und kürzeren Arbeitszeiten verbessert, noch wurden die mit Steuergeldern und Gelddruckmaschinen am Leben gehaltenen Großkonzerne wie die Lufthansa in demokratische Zuständigkeit gebracht. Die Kritik jener Partei Die Linke war darauf reduziert, dass einige Verirrte mit der Luftnummern-Initiative *Zéro Covid* noch eine Verschärfung der Regierungslinie forderten. Den Preis für ihre Burgfriedenspolitik hat die Partei Die Linke mit dem Ergebnis von 4,9 Prozent der Stimmen bezahlt. Eine Halbierung ihres Anteils im Vergleich zur letzten Bundestagswahl.

Bei den Stimmen stabil geblieben ist die FDP, die eine Art Wohlfühlpaket in der Maßnahmenkritik anzubieten wusste: Ende der epidemischen Lage fordern und damit die wirtschaftlichen Einbußen minimieren und dennoch andauernd betonen, wie schlimm Corona als Krankheit sei. Mit diesem halbgaren Stromlinienkurs konnte sie ihre auf umfassenden Gewinn gepolte Wählerschaft überzeugen und sogar neue Mitglieder werben.

IMPLOSION DER PARTEI DIE LINKE UND LIBERALER SCHEINWIDERSTAND

Auch die AfD verschlechterte sich in ihrem Stimmenanteil nicht sonderlich, gerade weil sie sich des Corona-Themas der Demokratiebewegung annahm und dieses in das Parlament einbrachte. Dass sie dafür von den anderen Parteien ebenso verfemt wurde, wie die parteiübergreifende Demokratiebewegung, brachte ihr bei einigen Demokraten Sympathien ein. In Erinnerung bleibt ein flammendes und in der Sache glaubwürdiges Plädoyer für die Pressefreiheit der Bundessprecherin Beatrix von Storch. Wenn auch viele in der Demokratiebewegung die anderen Positionen der neo-nationalliberal gestrickten Partei nicht teilen wollen.

Auch deshalb hatten sich aus der Demokratiebewegung mehrere neue Parteien gegründet, die größte untere ihnen, die Partei Die Basis. Sie war mit dem erklärten Ziel angetreten, in den Bundestag einzuziehen und von dort die Forderung nach einem sofortigen Ende des Ausnahmezustandes zu formulieren und diese wissenschaftlich zu untermauern. Und darüber hinaus im Bundestag das weitverbreitete Bedürfnis nach einer Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes zu repräsentieren, samt Volksentscheiden auf Bundesebene zu allen grundlegenden Fragen und die Einführung des imperativen Mandats.

Das erklärte Ziel erreichte die Partei mit bundesweit rund 735.000 Erststimmen und 628.000 Zweitstimmen nicht. Die absoluten Zahlen stimmen positiv, denn sie bedeuten, dass im Schnitt in jedem 300-Seelen-Dorf fünf erwachsene Basisdemokraten wohnen, die an jedem Tag in den kommenden Wochen und Monaten über die Corona-Lüge aufklären und eine Verfassungserneuerung anstreben.

Das zählt: In jeder 100.000-Einwohnerstadt wohnen demnach weit mehr als 1.000 aktive Basisdemokraten. Mit solchen Zahlen lassen sich auf jeden Fall gute Veranstaltungen machen und interessante Geschäfte, Cafés und Buchläden betreiben. Und das sind, wie gesagt, nur die Wähler der Partei die Basis. Überzeugte Nichtwähler und aufgeklärte Wähler anderer Parteien wie Bündnis 21, Freie Wähler und Corona-kritische Anhänger der Altparteien sind da noch gar nicht inbegriffen. Auf den Demonstrationen der Demokratiebewegung bildeten zu Beginn Linke-, Grüne- und FDP-Wähler das Fundament, bei den Millionendemos stießen viele frühere Wähler von CDU und SPD hinzu. Aus diesen speist sich derzeit nur ein Teil der Basis-Wählerschaft. Das Potential ist noch erheblich größer, womöglich bei weit über 50 Prozent in Koalitionen gegen die Altparteien.

Mit den Zahlen der Wahl wissen wir, dass zu den »5.000 Kernmitgliedern« (Regierungspropagandist O. Sundermayer), welche die fähigsten und aktivsten Köpfe der dezentralen Demokratiebewegung darstellen, mindestens jene rund 735.000 erwachsene basis-wählende Bürger hinzukommen, plus viele Hunderttausende unter jenen, die am vergangenen Sonntag die AfD wählten, plus eine gute Hand voll, die bei FDP ein Kreuz gemacht haben, plus ein großer Teil der 1,3 Millionen Menschen, welche die Freien Wähler wählten, plus Hunderttausende, die nicht wählten oder aus falscher Treue bei den Altparteien blieben. Sie bilden gemeinsam und erwiesenermaßen die größte Demokratiebewegung, die Deutschland in seiner gesamten Geschichte jemals gesehen hat.



GOTT MEHR GEHORCHEN ALS DEN MENSCHEN

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

Von Prof. Dr. Dr. Daniel von Wachter

Die protestierenden Studenten der 1960er Jahre warfen ihren Eltern vor, zu oft gehorcht zu haben. Recht hatten sie. Aber haben sie sich selbst besser verhalten? Der Staat erwartet vom Volk heute unbedingten Gehorsam, und ein Großteil der Menschen gehorcht. Sie tragen Masken, halten voneinander Abstand und lassen sich eine Flüssigkeit spritzen, die RNA und Graphenoxid enthält.

Mehr noch, sie verbieten Menschen, die keine Masken tragen, in ihre Läden und Gasthäuser zu kommen. Lehrer zwingen Kinder, Masken zu tragen, Polizisten verhindern Demonstrationen und werfen Menschen aus den Zügen, die keine Masken tragen. Alles aufgrund von Befehlen und Vorschriften. Alles aus Gehorsam.

Moralisch sind wir damit in der schlimmstmöglichen Situation. In einem Staat, der sich als Autorität gebärdet und keine Autorität und keine Moral über ihm anerkennt. Nennt man ihn eine »Diktatur«, zetern die Etablierten, aber das liegt daran, dass die Bezeichnung berechtigt ist. Was wäre denn ein klarer Fall einer Diktatur?

DER STAAT IST IHR GOTT

Der moralisch reife Mensch, hinterfragt, wenn ihm jemand etwas befiehlt, ob er wirklich die Pflicht hat, entsprechend zu handeln. Es gibt Situationen, in denen es gut ist, einem unberechtigten Befehl zu gehorchen, aber in der jetzigen Situation stärkt man durch Gehorsam die böse Diktatur.

Das Volk könnte die Diktatur besiegen, indem es den unberechtigten, zerstörerischen Vorschriften nicht gehorcht. Die Diktatur funktioniert, weil viele Menschen diesem Staat gehorchen und keine Moral und keinen Gott kennen. Der Staat ist ihr Gott.

Christen glauben, dass dieses Universum von einem Gott erschaffen wurde, der nicht nur allmächtig, sondern auch gut ist. Ihm wollen sie gehorchen, aber Gott ist kein Diktator, sondern das Gute und das Recht gehören zu seinem Wesen. Daher erkennt man durch das Gewissen einen Teil des Willens Gottes. Dem soll der Mensch gehorchen, nicht dem Staat.

Prof. Dr. Dr. Daniel von Wachter ist Philosoph und Theologe, er lebt mit seiner Familie im Fürstentum Liechtenstein. www.von-wachter.de

»Zum Brötchen holen ist der auch nicht gedacht«

Oder: Die Geschichte eines Bücherbusses. | Von Hannes Henkelmann

Heute bin ich in Hannover und spreche mit Herrn Lange über Politik, PS und den Plan B.

Stellen Sie sich doch bitte kurz vor!
Mein Name ist Erik Lange. Ich bin verheiratet und stolzer Vater eines 16-jährigen Sohnes. Ich bin Baujahr 1978 und auf der schönen Insel Rügen aufgewachsen. Beruflich hatte ich fast immer mit Autos zu tun: Kraftfahrer, Kraftverkehrsmeister und Verkehrsleiter et cetera. Zurzeit bin ich als Fahrer tätig, weil ich dadurch den Corona Zirkus nicht mitmachen muss – keine Masken, keine Tests.



Erik Lange vor seinem Fluchtfahrzeug in Hannover. *Foto: Hannes Henkelmann*

Ein Wort zur Bundestagswahl!
Ich habe in der Wissensmanufaktur gelernt, was eine Demokratie ausmacht und wie diese funktionieren kann. Nur leider leben wir, gemessen an diesen Maßstäben, in keiner Demokratie, denn wir haben kein Mitbestimmungsrecht in wichtigen Fragen. Ich halte es daher mit Prof. Albrecht Schachtschneider, der einst konstatierte: »Nichtwähler sind der praktischen Vernunft fähig.«

Was würden Sie sich denn von der Politik wünschen?
Das sofortige Ende aller unverhältnismäßigen Corona Maßnahmen, die persönliche Haftung für Politiker in diesem Zusammenhang und selbstverständlich das Einstellen der Gen-Experimente. Das Grundgesetz sollte die Basis für eine Verfassung sein, über die von der deutschen Bevölkerung abgestimmt wird. Und wenn wir schon beim Wünschen sind, gerne auch ein Stück direkte Demokratie nach dem Schweizer Vorbild.

Sind Sie in der Demokratiebewegung aktiv?
Zeitweise. Ich war auf den großen Demos und versuche, auch im Privaten den einen oder anderen Denkanstoß zu geben. Letzteres ist aber sehr mühsam, weil die Zeugen Coronas lieber Glaubensbekenntnisse als Fakten hören wollen. Nicht ohne Stolz kann ich aber berichten, dass ich den Demokratischen Widerstand schon im Mai 2020 verteilt habe. Die Polizei wollte mir das übrigens untersagen, hat aber dafür keine Begründung gefunden. An dieser Stelle möchte ich anmerken, dass mir die zunehmende Brutalität seitens der Polizei auf Großdemos Sorgen bereitet. Die Beamten, die diese Anordnungen umsetzen, sind alle sehr jung. Ich bezweifle, dass sie sich der Tragweite ihrer Handlungen und der Wiederholung der Geschichte bewusst sind. Dabei haben wir doch alle verinnerlicht, dass es nie wieder Faschismus geben darf. Welche Faktoren den Faschismus erst ermöglicht haben – das haben wir anscheinend nicht gelernt. Das bekommen wir jetzt täglich in Farbe zu spüren.

Kommen wir jetzt auf Ihren Bus zu sprechen. Stellen Sie das Schätzchen doch bitte einmal vor!
Der Bus ist ein MAN SL 202 Baujahr 1987. Er hat sechs Zylinder, 200 PS und 200.000 Kilometer auf der Uhr. Das Fahrzeug wurde vom Göppel-Bus Unternehmen in Augsburg zum Bücherbus ausgebaut und war dann 30 Jahre bei der Stadt Hannover im Einsatz, bevor ich ihn bekommen habe. Dank historischer Zulassung ist das Fahrzeug im Unterhalt noch bezahlbar. Zudem brauche ich für einen *Oldtimer* keine Straßenmaut zu zahlen. Und ich darf in jede Umweltzone. Auf der anderen Seite muss ich circa 25 Liter Diesel auf 100 Kilometer einplanen. Aber zum Brötchen holen ist der auch nicht gedacht, dafür habe ich ein Fahrrad an Bord.

Sie bauen ihn gerade komplett um. Wie geht es voran?
So einen Umbau habe ich noch nie gemacht. Zum Glück helfen mir ein Tischler und ein Karosseriebauer dabei. Ich muss mich natürlich auch in viele fremde Themengebiete einarbeiten, bevor ich loswerkeln kann. Hilfe und Infos gibt es zum Glück in diversen Foren.

Ich habe bisher zwei Tanks für 800 Liter Frischwasser und einen für 250 Liter Schmutzwasser eingebaut. Perspektivisch sollen eine 2.000 Watt Solaranlage und vier LKW Batterien die Stromversorgung sicherstellen. Ziel vom Umbau ist es, mit dem Bus so weit wie möglich autark zu sein. Die Kiste ist quasi mein *Joker*, mein Plan B. Die Idee entstand übrigens am 18. November 2020 in Berlin. Die Vorkommnisse an dem Tag waren mein persönlicher Weckruf.

Wann würden Sie Ihren *Joker* ziehen?
Nicht so schnell, erst mal bleibe ich hier und im Widerstand, aber falls das digitale Zentralbankgeld oder die allgemeine Impfpflicht für die gesamte Bevölkerung käme, wäre meine Kotzgrenze erreicht und wir würden aufbrechen. Im Ausland entstehen gerade einige Gemeinschaften, die bei dieser Agenda nicht dabei sind. Dort werden wir uns anschließen, wenn es soweit ist.


Hannes Henkelmann ist Sozialarbeiter und Fotograf. Er führt die DW-Alltagsinterviews.

Briefe an die Redaktion

VOLL DANEBEN

Mir kommen die Tränen, wenn ich vom »unnötigen Leid« eines US-Soldaten lese. 1.000 Häuserkämpfe, da kann ich nur mit ihm zittern. Nur weil afghanische Truppen zum »Feind«, also ihren Landsleuten übergelaufen sind, mussten zwölf Soldaten-Kameraden sterben. So böse sind die Afghanen! Das Leid der afghanischen Zivilisten, die vielen unschuldigen Opfer werden unterschlagen. Der Nato- und US-freundliche Artikel von Vicky Richter ist eine Zumutung! Und des DW nicht würdig.
– Von Edith Humeau, Darmstadt

GRUSS AN ZUNGENKUSS-EXPERTEN

Ganz besonders liebe Grüße an unseren Zungenkuss-Experten und Journalisten, Steve Schramm. Danke, dass es euch gibt und danke für eure Arbeit. Bleibt stark!
– Jacky

GRENZENLOSE DUMMHEIT

Ich bin mit dem lieben Gott ja so weit einverstanden, aber dass er der Klugheit Grenzen gesetzt hat und der Dummheit nicht, das nehme ich ihm wirklich übel! Von Konrad Adenauer
– Hans S.R.

EIN HERZLICHER GRUSS

Ganz herzliche Grüße aus dem leider immer ungemütlicher werdenden und noch immer überwiegend maskierten, schönen Mecklenburg-Vorpommern. Seid beschützt! Danke! – Ayya

AUCH MAL KRITISCHE LESERBRIEFE

Danke für eure Arbeit! Auch Videos super! Bitte keine reißerischen, fetten Schlagzeilen wie »Impftote« – Zugewandt ist das neue Achtsam. Und auch mal kritische, nicht nur ironisch- kritische, Leserbriefe abdrucken. Alles Beste! Haltet im Widerstand immer zusammen! – Suse v.S.

Die Wirtschaft ist am Ende

Trotz der exzessiven Aufblähung der Geldmenge müssen die Wachstumsprognosen für die deutsche Wirtschaft nach unten korrigiert werden. | Von Hermann Ploppa

Die Ökonomen haben ihre Rechnung ohne die Wirte gemacht. Führende Wirtschaftsinstitute dachten nämlich noch im Frühsommer, nach der vorläufigen Lockerung der Corona-Maßnahmen und einer deftigen Injektion von frischem Geld würde die deutsche Wirtschaft wieder richtig Fahrt aufnehmen. Im Juni gingen die Gurus noch von einem Wirtschaftswachstum in diesem Jahr von 3,2 bis 3,9 Prozent aus. Jetzt müssen sie ihre Wachstumsprognosen glatt um ein Drittel nach unten schrauben.

Das Kieler Institut für Weltwirtschaft geht jetzt nur noch von einem Wachstum von 2,6 Prozent aus. Das Deutsche Wirtschaftsinstitut in Berlin glaubt gar nur noch an ein Wachstum der Wirtschaft um 2,1 Prozent. Die Ökonomen gingen eigentlich davon aus, dass es eine leichte Kür ist, die gewaltigen Einbußen in der Wirtschaftsleistung im bizarren Corona-Jahr 2020 einfach wieder gutzumachen. Doch nun breitet sich Katzenjammer aus: »Die Hoffnung, die man noch vor einem halben Jahr hatte, dass sich die Fesseln im zweiten Halbjahr lockern, sind verflogen.«, sagt Andreas Scheuerle, Ökonom beim Wertpapierunternehmen der Sparkassen, der Deka.

Es gibt ein paar Faktoren, die vermutlich eine Erholung der Wirtschaft auf Vor-Corona-Niveau einstweilen in weite Ferne rücken lassen. Da ist die Angst vor einem vierten *Lockdown*. So schreibt das Handelsblatt *Research Institut*: »Der von manchen prognostizierte Post-Corona-Boom dürfte der vierten Pandemiewelle zum Opfer fallen.« Man ist sich also schon ziemlich sicher, dass die Corona-Daumenschrauben im Herbst und Winter angezogen werden. Entsprechend ist der Ifo-Geschäftsklimaindex schon zum dritten Mal in Folge gesunken. Beim Geschäftsklimaindex handelt es sich um das Ergebnis einer Umfrage bei 9.000 Managern in Deutschland: Wird sich die Situation für das Unternehmen in der nächsten Zeit voraussichtlich verbessern oder verschlechtern? Und die befragten Herren und Damen erwarten eher Verschlechterungen. Da ist zum einen die bereits eingepreiste Pandemieverschärfung, die vorausgesagt wird. Und das, obwohl bei einem erneuten *Lockdown* wohl nur noch die Ungeimpften eingesperrt werden.

Mit Corona haben auch die Lieferengpässe zu tun, die einfach nicht enden wollen. In Ningbo in China befindet sich der weltweit größte Containerhafen. Wegen eines einzigen Corona-Falles wird der komplette Betrieb aufgehalten. So zumindest die offizielle Erklärung. Und so kommt es, dass im verarbeitenden Gewerbe immer mehr Räder still stehen, weil unverzichtbare Zubehörteile nicht eintreffen. Autohersteller brauchen für ihre computerisierten Fahrzeuge Halbleiter. Die sind aber kaum noch zu haben. Dabei platzen die Auftragsbücher in den Branchen Automobil, Elektronikartikel und Verpackungsmaterial aus allen Nähten: »Die Lücke zwischen Auftragseingängen und Industrieproduktion klafft immer weiter auseinander und nimmt gegenwärtig vor allem aufgrund fehlender Vorprodukte historisch nicht gekannte Dimensionen an.«, sagt Gabriel Felbermayr, Leiter des Kieler Weltwirtschaftsinstituts dem Handelsblatt.



Der noch Finanzminister Olaf Scholz (SPD) hat jeglichen Bezug zur Realität verloren und lässt sich nun auf Händen durch die Ruinen Deutschlands ins Kanzleramt tragen. *Collage: Jill Sandjaja*

LEBENSHALTUNGSKOSTEN WERDEN IMMER HÖHER

Die Inflation dagegen nimmt Fahrt auf: Die Inflationsrate lag im August bei 3,9 Prozent. Und ob diese von Destatis vorgelegte Zahl das Ausmaß der Teuerungen für die Bevölkerung angemessen darstellt, darf bezweifelt werden. Einige Zahlen dazu: Heizöl ist im August um 30,9 Prozent teurer geworden, Gemüse um neun Prozent und Nahrungsmittel allgemein um 4,5 Prozent teurer. Damit kommen wir zum nächsten Faktor für die Stagflation – also dafür, dass die Wirtschaft stagniert, obwohl Regierungen und Zentralbanken in gigantischer Dimension Geld gedruckt und in Umlauf gebracht haben.

Denn die Preise steigen, aber die Löhne sind im freien Fall befindlich. Denn auch der effiziente Arbeitskampf der Eisenbahner konnte nicht verhindern, dass die Löhne weit zurückfallen hinter die Preissteigerungen. Die Gewerkschaften gehen von einem Rückgang des Tariflohns um 0,2 Prozent aus. Allerdings genießen schon lange nicht mehr alle Arbeiter und Angestellten einen Tariflohn. Die großen deutschen Ökonomen gingen ganz selbstverständlich davon aus, dass die Konsumenten nach dem Ende des *Lockdowns* in die Einzelhandelsgeschäfte rennen und fieberhaft einkaufen. Das ist jedoch nicht passiert. Die Leute haben Angst und sitzen lieber auf ihrem Geld, bis sichere Zeiten anbrechen. Die Sparquote lag im Corona-Jahr 2020 bereits bei 16,1 Prozent. Im Vorjahr befand sie sich noch bei 10,8 Prozent. Und dieses Jahr wird die Sparquote voraussichtlich auch noch bei 15,3 Prozent liegen.

EINE LANGWIERIGE KRISE HAT BEGONNEN

Der große rosa Elefant steht mitten im Raum – und keiner will ihn bemerkt haben. Außer dem Demokratischen Widerstand in Ausgabe 59. Der Elefant heißt: Stagflation. Frisches Geld in den Wirtschaftskreislauf einzuspeisen kann Sinn machen, wenn die Wirtschaft lahmt. Allerdings muss das frische Geld dann rasch in reale Aktivität und Produkte umgewandelt werden. Zum Beispiel dadurch, dass man Löhne und Renten drastisch anhebt, wie das in China jetzt gerade geschieht. Sind jedoch die Arterien der Wirtschaft verstopft, dann geht die Formel mit dem frischen Geld nicht auf. Und es gibt gleich eine ganze Reihe von Arterienverstopfungen.

Der anerkannte US-amerikanische Ökonom Nouriel Roubini trägt den Spitznamen »Dr. Doom«, also etwa »Dr. Verderben«. Denn er hatte sich schon als Spielverderber hervorgetan, als er den großen Bankenkrach von 2008 als Einziger vorhersagte. Und seinem Ruf wird Roubini auch jetzt gerecht. Als Einziger neben dem DW wagt Roubini zu sagen: Im Augenblick gibt es eine »milde Stagflation«. Die ist bedingt durch Engpässe bei Arbeitskräften und Gütern. Zudem haben die Zentralbanken ihr zentrales Steuerelement, nämlich je nach konjunktureller Lage die Leitzinsen zu erhöhen oder zu senken, mit ihrer Nullzinspolitik längst verwirkt. Und auch das Mittel der so genannten Quantitativen Lockerung greift nicht mehr: dass nämlich die Zentralbanken massenhaft Wertpapiere ankaufen und damit weiteres Geld in Umlauf bringen.

Die augenblicklich von der Corona-Politik verursachten Lieferengpässe könnten jedoch langfristig in eine für Jahre anhaltende Dauer-Stagflation übergehen. Verantwortlich ist zum einen die De-Globalisierung, die durch die kriegerischen Provokationen der Nato hervorgerufen wird. China und andere Staaten im Nato-Fadenkreuz ziehen sich vom Welthandel zurück und konzentrieren sich auf den Binnenmarkt. Zum anderen trage die Alterung der Bevölkerung in den reichen Ländern zu einer Dauer-Stagflation bei, meint Roubini. Und schließlich noch der Klimawandel, der die Lebensmittelpreise weiter durch die Decke schießen lässt.

Die Ergebnisse der letzten Bundestagswahl haben offenbar jenen Kräften den Rücken gestärkt, die die Stagflation zu verantworten haben. Und die – mit dem Cum-Ex-, Wirecard- oder Geldwäsche-erfahrenen SPD-Politiker Olaf Scholz als neuen Bundeskanzler – munter in die von Roubini aufgezeigten Untergangsstraßen einzubiegen beabsichtigen. Liebe Wähler, habt Ihr das wirklich so gewollt?



Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.

Die Bundesregierung AG

Hat sich die Bundesregierung Expertise privater Firmen gekauft, oder haben globale Banken die Bundesregierung gekauft? | Von Hermann Ploppa



Der Selbstbedienungsladen der Konzerne, hier mit berittener Inlandsmiliz. *Collage: Jill Sandjaja*

Kurz vor der nunmehr bereits durchgeführten Bundestagswahl kam eine unerwünschte Wahrheit ans Tageslicht. Der Sicherheitsexperte der Linkspartei im Bundestag, Matthias Höhn, richtete eine parlamentarische Anfrage an die Bundesregierung: Wie viel Geld hat die Bundesregierung in der letzten Legislaturperiode von 2017 bis 2021 ausgegeben für so genannte externe Berater?

Unter externen Beratern versteht man in diesem Falle Mitarbeiter von privaten Unternehmensberatungsfirmen wie McKinsey, KPMG oder Ernst & Young. Im Jahre 2019 versuchte die Bundesregierung die Parlamentarier einzuseifen mit der Behauptung, man habe lediglich 175 Millionen Euro für externe Berater ausgegeben. Doch die aktuelle Auskunft der Bundesregierung dürfte näher an der Wahrheit sein. Demzufolge haben die einzelnen Bundesministerien insgesamt 1,073 Milliarden Euro für private Berater in der letzten Legislaturperiode ausgegeben.

Spitzenreiter sind zwei von CSU-Ministern geführte Ressorts, nämlich das Bundesministerium des Innern mit stolzen 492,9 Millionen Euro. Gefolgt vom Verkehrsministerium mit 196,9 Millionen Euro. Das noch von Olaf Scholz geführte Finanzministerium bescheidet sich mit 121,7 Millionen Euro. Das erstaunt nicht wenig. Denn die diversen Bundesministerien sind mit eigenen Fachleuten eigentlich bestens ausgestattet. Allein das gigantische Innenministerium beschäftigt 2.165 Mitarbeiter, die über einen Etat von 18,458 Milliarden Euro verfügen. Das sollte eigentlich locker ausreichen. Doch wollen die Minister scheinbar immer wieder ihre Freunde von den Beratungsfirmen und Banken mit Gefälligkeiten beglücken – das nennt man »Buddy-System«.

MINISTERIEN FÜTTERN GEZIELT PRIVATE GIERSCHLUNDE

Dem Bundesrechnungshof, der sinnvollerweise schön weitab vom Schuss in Bonn residiert, platzte schon öfter der Kragen. Das Umweltministerium musste widerstrebend zugeben, dass es zwischen den Jahren 2014 und 2018 sage und schreibe 600 Millionen Euro an private *buddies* spendiert hatte. Dabei ging es um so hochbedeutende Themen wie die ökologisch unbedenkliche Ausgestaltung von Urlaubsreisen. Hätten sich das nicht die Ministerialbeamten und Referenten des eigenen Hauses selber ausdenken können? Der Bundesrechnungshof rügte im Jahre 2019, dass in mindestens 44 Fällen »ministerielle Kernaufgaben des Bundesumweltministeriums« berührt wurden.

Den Vogel abgeschossen hatte die frühere Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen. Sie holte die Top-Managerin der Beratungsfirma McKinsey, Katrin Suder, im Jahre 2014 als Staatssekretärin ins Haus. Suder vergab sodann massenhaft Berateraufträge an die befreundete Consultingfirma KPMG. Katrin Suder erhielt sodann den Adelsschlag der Kleptokratie durch eine Einladung zum Bilderberg-Treffen im Jahre 2015. Allerdings wurde das Grummeln über die Leyen-Suder-*Connection* so laut, dass Suder 2018 lieber wieder in die sichere freie Wirtschaft zurückkehrte und von der Leyen nach Brüssel hochgelobt wurde bevor die Affäre für beide allzu brenzlig wurde.

Und wo wir schon in den Hunderten von Millionen veruntreuten Euros sind, wagen wir die Bagatelle mit der Maskenaffäre im Hause Spahn wegen ihrer Geringwertigkeit kaum noch anzuführen. Doch Spahn hält es mit der Beraterfirma Ernst & Young. Als die geprellten Maskenhändler im letzten Jahr auf den angeforderten Masken sitzenblieben und kein Geld aus dem Hause Spahn zur Bezahlung der Masken anrückte, wimmelte Ernst & Young die wütenden Händler ab – für läppische 9,5 Millionen Euro. Um dann den Maskenberg abzubauen, bekam Ernst & Young noch einmal 27 Millionen Euro aus öffentlicher Hand überwiesen. Das alles erfolgte ohne jede öffentliche Ausschreibung, wie das eigentlich Vorschrift ist.

WENN LOBBYISTEN SELBER REGIERUNGSPOLITIK MACHEN

All diese unappetitlichen Anekdoten sind indes keineswegs nur Gefälligkeiten unter korrupten Kumpels, für die das öffentliche Vermögen nur dazu da ist, um private Taschen zu füllen. Vielmehr ist es so, dass die Bundesregierung bereits seit der Regierung von Schröder und Fischer privatisiert ist. Schon damals saßen in den Ministerien Mitarbeiter großer Banken, die von diesen Banken sogar bezahlt wurden und auf diese Weise unter direkter Anleitung ihrer privaten Arbeitgeber Gesetze geschrieben haben, die dann ohne weitere Diskussionen angenommen wurden. Der duldsame Steuerzahler bezahlt seitdem eben auch die Lobbyisten der großen Banken und Globalkonzerne, die jetzt nicht mehr länger Abgeordnete bequatschen müssen, sondern jetzt selber Regierungspolitik machen.

Aus dieser Perspektive verwundert es auch nicht mehr, dass die Bundesregierung aktuell in der Corona-Kampagne ganz banal als besonders gewalttätiger Pharmavertreter auftritt. Die Bundesregierung ist privatisiert und agiert nur noch als Durchlauferhitzer der Banken und Konzerne. Bei Wahlen geht es erkennbar nur noch darum, wer diese privatisierte Bundespolitik nach außen hin repräsentiert. Hier hilft nur noch eine gründliche Verfassungsreform.

MELDUNG

IN ALLER KÜRZE GEMELDET

+++ Englische Städte haben kaum noch Versorgung mit Benzin und Diesel an Tankstellen. Dies gehe laut Regierungsmedien auf den Mangel an polnischen LKW-Fahrern nach dem EU-Austritt des Landes zurück. Kritiker zweifeln diese Begründung an. +++ Der Präsident Kroatiens, Zoran Milanović, hat am 28. September die Impfkampagne des Landes beendet: »Die Menschen werden aus einer Million anderer Gründe krank, es ist unmöglich, Covid-19 ausradieren zu wollen.« Zu Propagandamedien wie *CNN* stellte er klar, dass diese »wie Verrückte« agierten. +++ Tausende italienische Lastwagenfahrer blockieren seit Montag, 27. September, mehrere Autobahnen des Landes. Corona- und Hygienepass-Gegner haben einen Generalstreik ausgerufen. +++ In Slowenien werden ebenfalls die Autobahnen von demokratischen Demonstranten blockiert. In der Hauptstadt Ljubljana kommt kam es die gesamte Woche über zu großen Protesten. +++

KLINIKEN IN BERLIN WERDEN BESTREIKT

Berlin/DW. Seit Donnerstag, 9. September 2021, werden die privatisierten Kliniken des Vivantes-Konzerns und der Krankenhauskomplex Charité bestreikt (DW berichtete). Der Streik in den Berliner Krankenhäusern ist unbefristet, der Betrieb eingeschränkt. »Über 1.000 Beschäftigte werden die Arbeit niederlegen, um für Entlastung und faire Bezahlung Druck zu machen«, so Gewerkschaftssprecherin Meike Jäger. Vom Streik sind auch ganze Stationen betroffen; die Auslastung ist seit der Corona-Lüge aber geringer. Der »rot-rot-grüne« Berliner Senat wie die Konzerne sträuben sich weiterhin, eine Angleichung an TVÖD-Tarife bis 2023 zu unterstützen. Junge Gewerkschafter des Klinikums Friedrichshain und weiterer Kliniken hatten zu Beginn des Corona-Regimes im März 2020 mit Sprühschablonen vor den Eingängen der Krankenhäuser darauf hingewiesen: »Corona ist nicht das Problem«. (ale)

UMFASSENDE NETZWERKANALYSE ZUM CORONA-KOMPLEX

Zum ersten Mal hat jetzt ein Informatiker in unbezahlten Nachtschichten umfassende Organigramme über die Corona-Profiteure und ihre Zuarbeiter angelegt. | Von Hermann Ploppa

Seit anderthalb Jahren werden wir nun mit der Corona-Politik konfrontiert. Es hat uns aus heiterem Himmel getroffen wie ein Blitzschlag. Bis heute versuchen wir mit nur mäßigem Erfolg, Drahtzieher und Motive der Regisseure dieses bizarren Horrorfilms ausfindig zu machen. Viele Theorien sind aufgestellt worden, doch die letztendliche Erklärung für den absurden Spuk haben wir, seien wir mal ehrlich, bis heute nicht gefunden.

Eine wichtige Technik zur Aufklärung besteht darin, Beziehungsgeflechte herzustellen: Wer hat mit wem zusammengearbeitet? Wo ist Christian Drosten dem Großmogul Bill Gates begegnet? Welche Universität hat von der Pharmaindustrie beträchtliche Summen erhalten, um für die industriellen Pillendreher Forschung zu betreiben. Welche Zeitung hat Geld bekommen, um dann danach ganz im Sinne der selbstlosen Spender dieses Geldes wohlwollende Gefälligkeitsartikel zu schreiben? Diese *Power Structure Research* ist außerordentlich arbeitsaufwändig und kann eigentlich nur von bezahlten Profis verrichtet werden.

Nun präsentiert Herr Langemann in seinem Youtube-Kanal »Club der klaren Worte« die gigantische Fleißarbeit eines IT-Spezialisten, der ungenannt bleiben möchte. Es handelt sich um ein PDF-Dokument mit 169 Seiten voller Beziehungsgeflechten und Excel-Tabellen mit Angaben darüber, wo Geld von gütigen Spendern wie Bill Gates überall hingeflossen ist. Die entsprechende Sendung mit dem Telefoninterview mit dem anonymen Helden der Arbeit wurde mittlerweile von nahezu einer halben Million *Usern* angeschaut. Die Langemann-Sendung hilft, wie man das sperrige Dokument lesen kann. Das ist Fleißarbeit, aber es lohnt sich.

Hier die Verlinkungen. Die Sendung: youtube.com/watch?v=iA-zyoA6Mc&t=87s
Das Dokument: clubderklarenworte.de/wp-content/uploads/2021/09/Netzwerkanalyse-Corona-Komplex.pdf

WIDERSTAND AUF DEN PHILIPPINEN

Die philippinische Freiheitsbewegung sendet einen Hilferuf in die Welt. | Von Ronja Palmer

Seit März 2020 leidet die Bevölkerung des westpazifischen Inselstaats unter den Schikanen ihrer Corona-Oligarchen. Das bedeutet: *Lockdown* seit eineinhalb Jahren. Reisen, und sei es nur von einer Provinz in die nächste, wird durch Impfpasskontrollen an *Checkpoints* nahezu unmöglich gemacht. Quarantänepässe regeln in vielen Gebieten, wer überhaupt das eigene Haus verlassen darf, um die überlebensnotwendigen Einkäufe zu tätigen. Die Schulen und Universitäten auf den Philippinen sind seit März 2020 durchweg geschlossen und der alternative digitale Unterricht ist für viele junge Philippiner aufgrund von schlechtem Internetzugang und regelmäßigen Stromausfällen katastrophal.



Manila: Philippinische Demokraten kämpfen für ein Ende des Lockdowns und des Impfzwangs.
Foto: Juan Dakila

Bei Quarantäne- oder Maskenverstößen droht ein hohes Bußgeld oder sogar die Verhaftung. Mit dieser Herrschaftsstrategie wird ein Großteil der Bevölkerung mundtot gemacht, denn wer sich bereits am Rande des Existenzminimums befindet, für den ist ein Bußgeld von bis zu 30 Dollar – das entspricht einem sechstel des durchschnittlichen Monatslohns eines Philippiners – verheerend. »Sie werden gezwungen zu gehorchen, weil sie sich eine Geldstrafe nicht leisten können. Sie haben kaum etwas zu essen», bringt Jett Gonzales, eine der Organisatorinnen der *Worldwide Demonstration Philippines*, die Situation der Menschen schmerzlich klar auf den Punkt.

WIRTSCHAFTLICHE KRIEGSERKLÄRUNG

Die *Fake*-Pandemie hat auf den Philippinen eine folgenschwere Wirtschaftskrise ausgelöst. Das bis dato bunte Kleinunternehmertum wurde im Rahmen der neokolonialistischen Corona-Agenda zunehmend zerstört und von *Global Playern* verdrängt. Derzeit gibt es auf den Philippinen, einem Staat mit 108 Millionen Einwohnern, 22,5 Millionen Arbeitslose oder Unterbeschäftigte. Mehr als 250.000 Unternehmen sind in den letzten zwei Jahren in Konkurs gegangen. Um sich frei bewegen und arbeiten zu können oder als Gegenleistung Lebensmittel, Benzin oder Geld zu erhalten, entscheiden sich viele in ihrer Verzweiflung letztendlich für die medial als »alternativlos« verkaufte Impfung.

DIE PHILIPPINER KENNEN SICH AUS MIT IMPFTERROR

Dabei ist die Mehrheit der philippinischen Bevölkerung impfkritisch. Der Dengue-Skandal von 2016/17 hat das kollektive Vertrauen in Impfungen stark erschüttert. Die Philippinen waren damals der erste Staat, in dem der Impfstoff Dengvaxia, ein Produkt des französischen Pharmakonzerns Sanofi Pasteur, zugelassen und im Zuge eines Massen-Impfprogramms mehr als 830.000 philippinischen Kindern verabreicht wurde. Nachdem es zu mehreren Todesfällen kam und offiziell bestätigt wurde, dass Menschen, die vor der Impfung noch nie Denguefieber hatten, anschließend häufiger an einer besonders schweren Form erkrankten, wurde die Lizenz für den Impfstoff zurückgezogen. Dengvaxia ist bis heute ein Begriff, der mit viel Wut, Trauer und einem zerstörten Vertrauen in die philippinischen Staatsorgane verbunden ist.

»Wir müssen aktiv werden, nur so können wir diese Situation überwinden«, sagt Jett Gonzales bestimmt. Zusammen mit einer Gruppe von Freiheitsaktivisten gründete sie die Bewegung Gising Maharlika (deutsch: Wach auf, Maharlika) – wobei das indigene Wort Maharlika auf eine Zeit anspielt, als der Inselstaat noch nicht von Spanien eingenommen und nach König Philipp umbenannt worden war. Sie ist die Stimme des Protests in den sozialen Medien und auf der Straße. Trotz der Schwierigkeit, sich zu versammeln, organisieren die Freiheitskämpfer im Rahmen der Worldwide Demonstration regelmäßig Proteste und *Flyer*-Aktionen. »Wir müssen die Menschen, vor allem die Eltern, über die Verfassung und die Gesetze aufklären und anleiten, damit wir alle lernen können, unsere Rechte wahrzunehmen und unsere Kinder und die künftigen Generationen vor der Tyrannei zu schützen«, sagt die Mutter und Aktivistin Portia Reantaso. Was die philippinischen Widerstandskämpfer auch brauchen ist die internationale Vernetzung. Mit Hoffnung verfolgen sie im Netz die deutsche Demokratiebewegung. Der bisher einzige philippinische Rechtsanwalt im Kampf für die Freiheit Aaron Soguilon (Aaron.soguilon@yahoo.com.ph) freut sich über Austausch und Unterstützung.


Ronja Palmer studiert Sozial- und Kulturanthropologie und leitet das DW-Ressort International.

MELDUNG

IN ALLER KÜRZE GEMELDET

+++ Auf einer Lebensmittelmesse nahe Lyon wurde Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron mit einem Ei beworfen. Der 19-jährige Wurfschütze wurde verhaftet. +++ Seit Montag legen in Italien Hunderte Transportunternehmen im Rahmen einer Protestaktion gegen verschärfte 3G-Regelungen Autobahnen, Mautstationen und Landstraßen lahm. Am 15. Oktober soll das Vorzeigen des Grünen Passes für italienische Arbeitnehmer verpflichtend werden. +++ Tausende Australier demonstrierten am 21. September in Melbourne gegen die Impfpflicht am Arbeitsplatz +++ Japan will seinen Notstand noch diese Woche aufheben +++ Auf einer Demonstration gegen den Gesundheitspass am 23. September in Bern schoss die Kantonspolizei mit Gummischrot, Reizgas und Wasserwerfern auf die Demonstranten +++

Oberösterreich: Regimekritiker im Landtag

Die Sensation ist perfekt. Die gegen Corona-Regime und Impfdruck formierte Partei MFG (Menschen Freiheit Grundrechte) zieht mit 6,2 Prozent in den oberösterreichischen Landtag ein. | *Von Eric Angerer*

Oberösterreich ist seit einem Jahr die Hochburg des Widerstands – mit den stärksten Straßenmobilisierungen, vielen lokalen Initiativen und der niedrigsten Impfquote. Besonders niedrig war sie im Bezirk Braunau. Da sich Ungeimpfte dauernd testen lassen müssen, ergab das eine hohe Inzidenz – und der Bezirk wurde zuletzt von der Bundesregierung mit einer Abriegelung bestraft.

Gleichzeitig ist die FPÖ nur in Oberösterreich in der Landesregierung und deshalb ist dort ihre Opposition gegenüber dem Corona-Regime weicher als im Rest Österreichs. Vor diesem Hintergrund entstanden die Bedingungen für die Entstehung einer neuen politischen Formation.

MFG ist teilweise gut lokal verankert und umfasst Aktivisten aus verschiedensten Bereichen. Ein Teil der Stimmen kommt sicherlich aus dem alternativmedizinischen und linksbasisdemokratischen Milieu, ein anderer Teil von ehemaligen FPÖ-Wählern. 6,2 Prozent konnten im Landesschnitt erreicht werden, lokal gab es zahlreiche zweistellige Ergebnisse.

KRITIKER VERSUS PARTEIENKARTELL

Gleichzeitig büßte die FPÖ von ihrem Rekordergebnis von 2015 ein Drittel ein und schaffte nur noch 19,8 Prozent. Damit liegen die beiden Parteien, die dem Corona-Regime ablehnend gegenüberstehen, gemeinsam bei 26 Prozent. Das heißt im Umkehrschluss, dass über 70 Prozent dem globalistischen Parteienkartell, das dem *Great Reset* verpflichtet ist, die Treue gehalten haben – was die Regierung durchaus zu weiteren Verschärfungen ermutigen könnte. ÖVP und Grüne haben beide minimal dazugewonnen, die SPÖ stagniert.

KOMMUNISMUS IN GRAZ?

Am selben Sonntag gab es auch eine Sensation in der Gemeinderatswahl in Graz, der zweitgrößten Stadt Österreichs: Die ÖVP stürzte auf 25,9 Prozent ab, die Kommunisten wurden mit 28,8 Prozent zur stärksten Partei. Anders als die linksliberale Bundes-KPÖ stehen die steirischen Kommunisten seit Jahren für Basisarbeit in der Arbeiterklasse. Vereinfacht könnte man sagen: eine Landespartei auf der Linie von Sahra Wagenknecht.

In der Corona-Politik fährt die KPÖ Graz keine konsequente Politik. Sie stellt sich zwar gegen den Impfdruck, der in Betrieben auf Beschäftigte ausgeübt wird, propagiert aber gleichzeitig freiwillige Impfungen. Dennoch gehört sie nicht zum globalistischen Parteienkartell und ist deshalb Sand im Getriebe des Systems.


Eric Angerer ist studierter Historiker und politischer Aktivist in Österreich.

voll Na



GROSSER AUFKLÄRER

Jung, klug und nicht naiv: *Der liberale Philosoph **Gunnar Kaiser** gibt im Herbst 2021 das Werk »Wie konnte es nur soweit kommen?« im Verlag Sodenkamp & Lenz heraus.* *Foto: DW/privat*

DW: Wie geht es Ihnen nun nach all den Monaten Aktivismus? Sind Sie noch optimistisch?

Gunnar Kaiser: Ich schöpfe meine Kraft aus dem Pessimismus, würde ich derzeit sagen. Da kann man sich noch die Chance erhalten, positiv überrascht zu werden. Aber es ist auch von Tag zu Tag unterschiedlich. Jetzt gerade ist es ganz gut. Das hängt dann immer davon ab, was passiert. Heute ist es zum Beispiel, dass der Film »Eine andere Freiheit«, wo auch Til Schweiger mitspielt, angekündigt wurde. Und der Film auch viel Zustimmung bekommt. Das sorgt für ein gutes Gefühl. Auf der anderen Seite war es ein Zitat von Christian Drosten: »Die Regierung muss über eine Impfpflicht nachdenken.« Gleichzeitig die Situation in Italien, wohin ich auch hoffe, auswandern zu können. Dort wird auch die Impfpflicht nochmal stärker angedacht. Das stimmt einen dann schon wieder nachdenklicher.

Würden Sie nach all der Arbeit, den Interviews, den Recherchen heute etwas anders machen?

Eigentlich das Gleiche. Ich würde vielleicht noch früher und konsequenter in das Positive gehen und die konstruktiven Vorschläge suchen, wobei das eben keine Weltverbesserungsvorschläge sind oder wie kommen wir gesellschaftlich ganz aus der Krise raus, sondern eben Lösungen für den Einzelnen. Zum Beispiel wie er sich vernetzen kann, was er tun kann, um auch den Widerstand zu fördern, aber auch gleichzeitig gesund zu leben und seinen Lebensmut nicht zu verlieren. Diese Vorschläge, Lösungen und Vernetzungsmöglichkeiten gibt es alle. Obwohl ich mir das aber auch selbst vorgenommen hatte, falle ich natürlich auch immer wieder in die Kritik am Bestehenden, aber ich weiß gar nicht, ob das überhaupt noch irgendwas bringt.

Was schockiert Sie an den heutigen Zeiten am meisten?

Bei mir ist es einmal die Situation der Kinder. Meine eigenen Kinder sind Gott sei Dank schon 21, sodass ich nicht mehr diese ganz starken emotionalen Gedanken »Ich muss jetzt handeln für die Kinder« habe, muss mit ihnen vielleicht sogar auswandern oder andere Möglichkeiten finden. Aber ich hatte das ja als Lehrer, wo ich eben doch diesen Handlungsbedarf hatte und das begleitet mich natürlich immer noch. Zum Beispiel die Frage: Was wird mit den Kindern in den Schulen gemacht? Meines Erachtens ist das Missbrauch, was da passiert, wenn man gesunden Kindern und Kindern, die auch nicht groß gefährdet sind, Angst macht. Wenn man sie mit Masken und Abstandregeln malträtiert und wenn man ihnen mit der Drohung der Impfung kommt. Das berührt mich.

Zum anderen sind das dann die Zitate, die ich sammle, die immer deutlicher werden in ihrer Formulierung. »Impfen macht frei« hat jetzt tatsächlich ein CDU-Abgeordneter *getwittert*. Er hat es dann hinterher gelöscht, weil dann doch ein gewisser kleiner Aufschrei kam. Oder ein weiteres Zitat – nur eines von vielen – das mich schockiert. Der Gesundheitsminister in Rheinland-Pfalz Clemens Hoch hat gesagt: »Die Ungeimpften werden sich darauf einstellen müssen, dass man sie sehr genau beobachten wird.« Also, wer da nicht aufwacht und aufschreit, der ist für mich vollkommen verloren. Und leider sind das die meisten im Land.

Was hilft Ihnen in diesen Zeiten?

Das Eingeständnis oder die Erkenntnis, dass es sich um eine Art »Spiel« handelt. Das will ich jetzt nicht sagen, um das zu verharmlosen, sondern dass mir klar wird, dass da etwas passiert, was ich auch eingehen muss. Ich kann das gar nicht ablehnen, aber ich kann es auch gewissermaßen mitspielen. Ich kann mir die Frage stellen: Was ist jetzt zu tun? Und natürlich wird das nicht von heute auf morgen enden, aber man kann das wie eine Heldenreise – vielleicht ist das der bessere Begriff – sehen. Wir kommen jetzt gerade in eine gewisse Phase, die uns vielleicht noch nie in unserem Leben präsentiert worden ist, wo wir mutig sein müssen. Das ist jetzt

STICHWORT DW-AKADEMIE
Diese Zeitung gründet eine Hochschule in Deutschland: Die Akademie für qualifizierte Verfassungsdemokratie, AquaVD. Kontakt für Unterstützer: akademie@demokratischerwiderstand.de oder per Post an den Unterstützerverein KDW e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin.

Eine Welt er shörner

Der Philosoph, Buchautor und Youtuber Gunnar Kaiser lässt die letzten 18 Monate Revue passieren. Er spricht über schockierende Zitate, den Mut jedes Einzelnen und die traurige Wahrheit, dass wir uns inmitten von mehreren psychologischen Experimenten befinden.

DW-INTERVIEW von Sarah Schmidt

meine Phase, wo ich mir ausmale, wo meine Handlung ist und mein Mut am meisten gefragt ist. Und dann kann ich was finden und dann gehe ich in diesen kleinen Bereich. Ein Gespräch mit meinem Nachbarn, mit meiner Familie oder dass ich den Demokratischen Widerstand austeile oder ein kleines Video mache. Das können ruhig kleine Sachen sein, die trotzdem auch ein Zeichen von Opferbereitschaft sind. *Sorry* für diese religiöse Kriegsrhetorik. Aber es ist jetzt tatsächlich an der Zeit zu sagen: Es wird nicht für uns gemacht. Wir müssen es selbst machen.

Eine sehr geniale Kritik war der Text »Die Corona-Impfung als Kommunion«. Dort sind viele Zusammenhänge gut dargestellt und gleichzeitig humoristisch. Das bewirkt vielleicht mehr bei den Menschen, weil es nicht so drastisch wirkt. Ich würde sagen, Sie sind auch eher ein gesetzter Kritiker …

Es ist interessant, dass Sie das sagen, weil diese Situation als Kultverhalten zu sehen und es als Kommunion zu sehen, ist für mich erst einmal so wie in dem Film »They live« von John Carpenter. Es erinnert mich an diese Szene, wo er die Brille dann so aufsetzt und auf einmal sieht, was die Zeichen eigentlich bedeuten. Und es ist eigentlich ein erschreckender Moment, wo man sagen würde: Das will ich gar nicht wissen, dass das alles hier so anders ist. Aber wenn man darüber lachen kann, ist es vielleicht eher ein Weg, um die Leute dorthin gucken zu lassen. Das stimmt. Ich mache nicht immer so dramatisch und drastisch, weil ich zu wenig weiß. Wenn ich mir jetzt total sicher wäre, dass uns die Impfung zum Beispiel alle tötet, dann würde ich es vielleicht auch sagen. Aber ich habe keine Ahnung. Ich bin dann auch vielleicht zu sehr Philosoph. In der Erkenntnistheorie weiß man ja, dass man schon ziemlich viel nicht weiß und nicht mal das weiß man genau. Und dann kann man nur sagen: Ich warne davor, dass wir in totalitäre Verhältnisse abdriften. Ich könnte mich auch irren, aber: *Better safe than sorry.* Also warne ich mal lieber. Und dann klingt das etwas gesetzter.

Im Bereich der Philosophie muss ich vor allem immer wieder an die Wissenschaftstheorie und das Konformitätsexperiment des polnisch-amerikanischen Psychologen Solomon Asch denken, was wir in einem Semester durchgenommen hatten …

Ja. Ich glaube, wir leben in einem weltweiten Solomon Asch-Experiment. Wir leben auf globalem Maßstab in einem Milgram-Experiment. Wir leben in einem Stanford-Prison-Experiment, wo Wächter und Gefangene aufeinandergehetzt werden und man die Mechanismen der Spaltung sieht, die Rollenzuteilung, die Identifikation. Nochmal gepaart mit diesem »Bidermon's Chart of Coercion«, wo man überlegt hat, wie man Menschen mit Gehirnwäsche dazu bringen kann, fügsam zu sein und bestimmte Geheimnisse auszuplaudern. Das passiert alles. Und das ist das Schreckliche, dass wir in so einem *Cluster Fuck* von psychologischen Experimenten auf der gesellschaftlichen Ebene geraten sind.

Sie hatten Unmengen an Interviewpartnern bisher. Wer oder was ist Ihnen am meisten in Erinnerung geblieben?

Das ist sehr viel. Zum einen würde ich das Interview mit dem Mediziner Sucharit Bhakdi hervorheben, der mir nochmal alles, auch noch vor dem Interview, gezeigt hat und sich die Zeit genommen hat, das alles einem Laien wie mir zu erklären. Und das auch mit seiner Frau Karina Reiß im Interview sehr gut erklärt hat, das dann allerdings – wie vorauszusehen – von Youtube und sogar auch auf Vimeo gelöscht wurde. Es ist noch in zensierter Version zu sehen. Aber das Video war für mich auch ein besonderer Moment. Ich dachte mir, oh, ich bin hier gerade Teil beziehungsweise Zeuge einer neuen wissenschaftlichen Offenbarung und darf dabei mithelfen, das medial zu verbreiten. Da war ich dann auch stolz.

Was hat Sie noch inspiriert?

Das andere war ein Interview mit dem österreichischen Schauspieler Robert Düringer, das in der Form gar nichts damit zu tun hatte. Da haben wir gar nicht über Viren, Mikrobiologie oder Immunologie gesprochen, sondern über die Kraft der Kunst, der Nähe zur Natur, des Rückzugs und die Rückbesinnung auf sich selbst. Er hat das Wort »Daseinsmächtigkeit« benutzt, was auch in seiner Persönlichkeit sehr stark zum Tragen kam. Ein Mann, der in Österreich sehr berühmt war und vielleicht immer noch ist, aber der sich auch dann irgendwann dazu besonnen hat zu sagen: Nein, ich möchte an diesem Kartell von Lügen und sich verbiegen müssen, nicht mehr teilnehmen. Dadurch ein großes Publikum verloren, aber auch einige Menschen dazugewonnen hat und dem es jetzt dadurch mental auch viel besser geht.

Sie meinten vorhin schon, dass wir wissen, dass wir nichts wissen. Aber was wäre denn das *Worst Case Scenario* in ihren Augen?

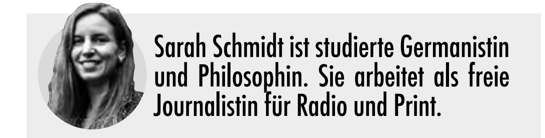
Da ich Schriftsteller bin, kann ich mir sehr viel Dystopisches vorstellen und habe auch eine gewisse Angstlust am total durchgeführten *Great Reset*, der zu einer globalen biopolitischen technokratischen neuen Weltordnung führt, in der die Menschen einfach nur noch verwaltete Elemente ohne Selbstbestimmung sind. Menschen, die das aber im *Huxley-Style* auch noch glücklich absegnen und ihre Ketten lieben. Das kann ich mir durchaus vorstellen. Verbunden mit diesem Transhumanistischen und dem Gedanken der Digitalisierung, dass wir immer mehr mit der Maschine, mit dem Algorithmus, mit den sozialen Medien verbunden sind, die uns eine zweite Welt vorgaukeln, die langsam, aber sicher zu unserer ersten Welt wird. Die Menschen sehe ich auf lange Sicht – das wird vielleicht nicht im nächsten Jahr passieren, aber es wird vielleicht noch in diesem Jahrhundert sein – in eine Art virtuelle Welt flüchten, die dann auch schön sein wird. Eine schöne neue Welt, aber eben nicht mehr die Wahrheit.

Und was wäre das Beste, was der Welt passieren könnte?

Ein positiver Ansatz wäre, dass aus dieser Gegenbewegung, aus diesem Widerstand und dieser neuen Kultur, die eigentlich an das Alte erinnert, etwas Gutes entsteht. Es ist ja gar nichts Neues, sondern wir wollen Grundrechte, wir wollen Freiheit, wir wollen Selbstbestimmung und eine Bildung, die ihren Namen verdient. Wir wollen Schulen, die unseren Kindern das Beste gewährleisten. Und dann überlegt man: Ach ja, war das eigentlich früher so? Eigentlich auch nicht so richtig. Vielleicht können wir aus dieser Gegenbewegung schon mal einzelne Orte wie Samen installieren, die dann sprießen und die neue Kultur vorbereiten. Eine Kultur, in der es auf einem größeren Level besser sein könnte, als es vor der Krise war.

Könnten Sie ein philosophisches oder literarisches Werk nennen, was für Sie der Zeit am nächsten kommt?

Eins zu benennen ist sehr schwer, weil die Werke ja unterschiedliche Ebenen ansprechen. »Der Untertan« von Heinrich Mann zeigt die Mentalität der Gesellschaft. Leider auch ohne Kaiser. Es wäre mir lieber, wenn es wenigstens die Kaiserzeit wäre und man einen adrett daher marschierenden Kaiser Wilhelm hätte, dem man zujubelt. Das könnte man nämlich auch schneller lächerlich machen. Aber diese formlose Ideologie, die gar keine richtigen Führergestalten mehr präsentiert: Drosten, Lauterbach, Merkel. Die kann man nicht mal als charismatische Führer entlarven. Die sind in ihrem Auftreten schon lächerlich genug. Da braucht es keine Satire mehr. Aber ich entgehe der Frage. Für mich persönlich ist es Kafkas »Schloss«, da ich mich fühle wie jemand, der die ganze Zeit eigentlich zum Verwalter dieses Schlosses vordringen möchte, der die Geschicke dieses Landes lenkt, aber man kommt nie dahin. Doch alle sind davon beeinflusst. Ich glaube am stärksten ist es das Werk »Die Nashörner« von Eugène Ionesco, ein französischer Dramatiker des Absurden, wo gezeigt wird, wie die Menschen sich nach und nach verwandeln und es wird kein Grund angegeben, warum das passiert. Das spielt aber auch keine Rolle, weil allein diese drastische Entwicklung, dass da Menschen wie in einer Epidemie in eine absurde Welt weggezogen werden, so bedrückend ist. Auch die Warnungen verstärken eben das Ganze sogar noch. Es sind nur ganz wenige, die das erkennen und am Schluss bleibt auch nur einer übrig und der kann auch nichts dagegen machen, dass die ganze Welt zu Nashörnern wird.



Sarah Schmidt ist studierte Germanistin und Philosophin. Sie arbeitet als freie Journalistin für Radio und Print.



»BILD« Das Blatt der *Fake*-Opposition

Die Springer-Presse inszeniert sich mittlerweile als regierungskritisch – und möchte doch nur die Lorbeeren des unabhängigen Journalismus gegen das Corona-Regime ernten. | Von Burak Erbasi

Bild-Chef Julian Reichelt, hier in einer Fotomontage mit US-Adler, verleumdete den unabhängigen Journalisten Anselm Lenz im April 2020 noch als »russischen Geheimagenten«. Mittlerweile schreibt Reichelt bei Lenz ab, lässt aber das Impfthema aus. Collage: DW/Jill Sandjaja

Der Axel-Springer-Verlag, zu welchem unter anderem die Zeitungen *Bild* und *Welt* gehören, ist einer der mächtigsten Konzerne in der deutschen Medienlandschaft. Mit einer Auflage von knapp 1,3 Millionen Exemplaren pro Tag und einer Gesamtreichweite von circa acht Millionen Lesern stellt die Bild dabei das Flaggschiff des Verlags dar.

In Anbetracht dieser Zahlen wird klar, welchen erheblichen Einfluss dieser Konzern auf die öffentliche Meinungsbildung in Deutschland hat. Als kritischer Demokrat ist es wichtig, den vermeintlich oppositionellen Kurs der Springer-Medien bewusst wahrzunehmen und dessen Hintergründe zu hinterfragen.

Schon in den 1950er Jahren wurde der Axel-Springer-Verlag aktiv durch US-Geheimdienste unterstützt, um für transatlantische Interessengruppen ein massenmediales Propagandainstrument in der deutschen Medienlandschaft zu schaffen. William Blum, Historiker und ehemaliger Angestellter im US-Außenministerium dazu: »Ein weiterer wichtiger Empfänger von CIA-Unterstützungen war Axel Springer, der westdeutsche Pressebaron, an den in den 1950er Jahren heimlich rund sieben Millionen US-Dollar überwiesen wurden, um ihm beim Aufbau seines riesigen Medienimperiums zu helfen.«

So überrascht es nicht, dass in den sogenannten *Essentials*, die erstmals 1967 von Axel Springer formuliert wurden, folgender Grundsatz zu finden ist: »Wir befürworten das transatlantische Bündnis zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und Europa.« Man kann also fest davon ausgehen, dass eine grundlegende Kritik am Nato-Kriegsbündnis oder am Einfluss von US-amerikanischen und deutschen Großkonzernen auf politische Entscheidungsprozesse und somit auch an der Pharmapropaganda niemals stattfinden wird. Dass die Zeitungen des Verlags im Rahmen der ausgerufenen Corona-Pandemie vermehrt Maßnahmen-kritisch berichteten, hängt mit dem wachsenden Unmut der Bürger über die ideologische Gleichschaltung der deutschen Medienhäuser zusammen. Die Akzeptanz und Glaubwürdigkeit der Alt-Medien schwindet seit Jahren in der Bevölkerung und damit auch deren politische Deutungshoheit im öffentlichen Debattenraum. Laut statista hat sich die verkaufte Auflage deutscher Tageszeitungen in den letzten zehn Jahren nahezu halbiert.

NIBELUNGENTREUE ZUM US-IMPERIUM

Mit dem vermeintlich oppositionellen Auftreten des Axel-Springer-Konzerns unter US-amerikanischer Führung, möchte man aber nicht nur eine Leserschaft zurückgewinnen, die sich im Internet oder mit dieser Zeitung informiert. Wichtiger ist das systemkonforme Meinungsmanagement im Sinne der politmedialen Kaste und die Sicherstellung der transatlantischen Machtinteressen. Den Bürgern möchte man eine Medienvielfalt suggerieren und jegliche systemkritische Veränderungsenergie soll vorsorglich in die »richtigen« Bahnen gelenkt werden, bevor es zu systemgefährdenden Aufständen kommt. Passend dazu nun auch der Start eines eigenen Fernsehsenders, der nach dem Vorbild des US-amerikanischen Nachrichtensenders *Fox News* auftritt.

Die Demokraten vergessen nicht: Zu Beginn der *Fake*-Pandemie, als sich der Widerstand gegen den Hygienefaschismus formierte und noch sehr fragil war, kamen die ersten Schüsse aus den Reihen der Springer-Presse. Wie man dem Artikel »Kreml-Propagandisten schüren Corona-Aufruhr« vom 7. April 2020 auf bild.de entnehmen kann, in dem sie raunten, dass die Demokratiebewegung von russischen Geheimagenten initiiert worden sei. So versuchten sie vergeblich den demokratischen Protest im Keim zu ersticken. Als die Chefideologen des Nato-hörigen Medienkonzerns aber eingestehen mussten, dass sie das Erstarken des Widerstands nicht mit kruden Verschwörungstheorien und Schmutzkampagnen aufhalten konnten, leiteten sie einen Kurswechsel ein. Ein Begriff ist hier einmal richtig angebracht: kontrollierte Opposition.

MEINUNGSBLATT US-AMERIKANISCHER MULTI-MILLIARDÄRE

Dass die *Bild* keine konzern- und regierungsunabhängige Berichterstattung bieten kann, zeigt sich unter anderem an den umfangreichen Verflechtungen mit dem transatlantischen Propagandakomplex. Im Juni 2019 startete die US-amerikanische Investmentgesellschaft Kohlberg Kravis Roberts & Co mit Sitz in New York die Übernahme des Axel-Springer-Verlags und ist mittlerweile mit einem Anteil von knapp 48 Prozent größter Anteilseigner. Ihr CEO Henry Kravis ist kein Unbekannter: Mit einem geschätzten Privatvermögen von 6,4 Milliarden US-Dollar nahm er 2018 am »*132 Billion Dollar Dinner*« teil, einem vom Weißen Haus organisierten Staatsempfang mit zahlreichen US-Milliardären. Überhaupt hält sich Kravis gerne in elitären Kreisen auf. So ist er beispielsweise Mitglied im *Council on Foreign Relations* und regelmäßiger Teilnehmer der Bilderberg-Konferenzen.

Das transatlantische Netzwerk, das sich vor allem in Form der Atlantik-Brücke in den Vorstandsebenen deutscher Medienkonzerne festgesetzt hat, wird nach wie vor in den entscheidenden Fragen die inhaltliche Agenda und damit auch die öffentliche Meinungsbildung in Deutschland dominieren. Im Hinblick auf mögliche Unruhen im Rahmen einer Finanz- und Wirtschaftskrise wird die *Bild*, ähnlich wie aktuell im Rahmen der Corona-Krise die Rolle einer medialen Scheinopposition einnehmen. Das erkennt man am deutlichsten daran, dass sie das Fundament der Regime-Propaganda, nämlich die Frage, ob es überhaupt eine Killerseuche gab und die Impfdoktrin, gar nicht nicht in Frage stellt.

Von Anfang an waren es die freien und nicht-profitorientierten Medien, der DW, *rubikon.news*, *apololut.net* und viele weitere, die den Protest gegen den technokratischen Biofaschismus auf die Straßen gebracht haben. Sie haben die Demokratiebewegung mit unabhängigem Journalismus und wissenschaftlicher Aufklärung versorgt. Nach den letzten anderthalb Jahren Corona-Terror und erfolgreichem Widerstand der Demokraten, muss die politmediale Kaste nun das Schlachtfeld räumen und einen Weg finden, wie sie ihr Lügenregime ohne Gesichtsverlust abwickeln kann, um dann so zu tun, als wäre nichts passiert. Als hätte am Ende doch noch eine demokratische Aushandlung der Krise durch Medien und Politik stattgefunden. Das dürfen wir nicht zulassen.



Burak Erbasi ist studierter Bauingenieur und Chef vom Dienst in der DW-Redaktion.

POP POP



Weltweit erklingen die Töne für Freiheit und werden auf einem internationalen Sampler zusammengeführt. Bild: Cover des »Freedom of Sound« Sampler. Bherzt.com

HIER SPIELT DIE MUSIK. NICHT AUF DER 3G-PARTY!

Frisch: Das Label A-MAZE-ING veröffentlichte den Sampler »Freedom of Sound« mit 16 Songs von Musikern aus elf unterschiedlichen Ländern, von vier verschiedenen Kontinenten. Der Grundtenor: Die Bejahung der Freiheit und damit die implizite Ablehnung der weltweiten Freiheitseinschränkungen sowie des menschenverachtenden Impfterrors. (nir)



Oliver Pocher macht Bekanntschaft mit dem Corona-Regime. Bild: Youtube-Screenshot von »Bildschirmkontrolle«

OLIVER POCHER BEKOMMT SEINE EIGENE MEDIZIN VERABREICHT

Pietro Lombardi hielt ein Konzert auf dem »Strandkorb Open Air« in Schleswig-Holstein, als der mit ihm befreunde Komödiant Oliver Pocher die Bühne betrat. Als dieser dann über die Absperrung zum Publikum stieg, rief der Veranstalter die Polizei. Der Corona-Maßnahmen wegen. Die Polizeibeamten führten den 43-Jährigen dann unter Einsatz leichter Gewalt ab. Pocher zeigte sich »einsichtig«. Doch entbehrt dieser Vorfall nicht einer gewissen Ironie. Im März 2020 bezeichnete er noch alle Regelbrecher als Idioten und besuchte sogar Corona-Demos, um sich über die Teilnehmer lustig zu machen. Nun wurde er selbst Opfer des Corona-Regimes, dessen Existenz er bisher immer belächelt hatte. Immerhin kritisiert er nun die Polizei für ihr unverhältnismäßiges Vorgehen. (nir)

DW-BESTSELLERLISTE

Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin



Geschichte eines Deutschen. Die Erinnerungen 1914-1933
Sebastian Haffner

dtv-Verlag
ISBN: 978-342330848



Bartleby, der Schreiber. Eine Geschichte aus der Wall Street
Hermann Melville

Insel Taschenbuch
ISBN: 978-3-458347347



Der Erreger. Texte gegen die Sterilisierung des Lebens

Bestellung über:
dererreger@posteo.de



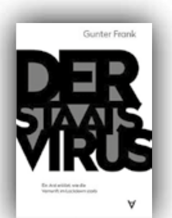
Die Schockstrategie. Der Aufstieg des Katastrophen-Kapitalismus
Naomi Klein

S. Fischer Verlag
ISBN: 978-3-10-039611-2



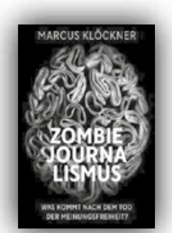
Die Nashörner
Eugène Ionesco

Fischer Taschenbuch
ISBN: 978-3596270347



Der Staatsvirus. Ein Arzt erklärt, wie die Vernunft im Lockdown starb
Gunter Frank

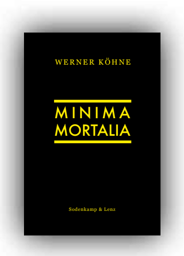
Achgut Edition
ISBN: 978-3981975598



Zombie Journalismus. Was kommt nach dem Ende der Meinungsfreiheit
Marcus Klöckner
Rubikon Verlag
ISBN: 978-3-96789-022-8



Corona-Impfung. Was Ärzte und Patienten unbedingt wissen sollten
Beate Bahner
Rubikon Verlag
ISBN: 978-3-96789-024-2



Minima Mortalia.
Werner Köhne

Sodenkamp & Lenz
ISBN: 978-3-9822745-0-8



Schöne neue Welt 2030. Vom Fall der Demokratie und dem Aufstieg Einer totalitären Weltordnung
Ulrich Mies
ISBN: 978-3-85371-491-1

»Kultur muss aufatmen können«

Jens Lehrich. Der Radiomacher, Bühnenprofi und Moderator der Sendung »Deutschland diskutiert« (fairtalk.tv) im **INTERVIEW.**

Herr Lehrich, wie geht es Ihnen?
Ach, soweit gut. Mir geht es immer dann gut, wenn es mir gelingt, die ganze Geschichte, die wir gerade erleben müssen, aus der Vogelperspektive zu betrachten. Dass ein Wandel notwendig wurde, war mir vorher klar. Wie der Wandel nun angegangen wird, macht es manchmal schwierig, hoffnungsvoll zu bleiben. Mein Glas bleibt halbvoll, nicht halbleer.



Jens Lehrich am Set. *Bildquelle: rubikon.news*

Ein Satz zu den Wahlen?
(Lacht.) Auch diese Wahlen haben gezeigt, wo Politik im Jahr 2021 steht. Entsetzt hat mich, wie wenig selbstreflektiert Politiker sind, wie sie aus Niederlagen Siege hervorzubringen versuchen und sich selbst *ad absurdum* führen. Sie sollten Vorbilder sein – und das meine ich zunächst im Sinne menschlichen Formats, weniger politisch. Ich bin unfassbar enttäuscht von diesen Leuten.

Welche neuerschienenen Bücher sind Ihre Favoriten?
Ein Buch, das mich total fasziniert hat, ist »Breath« von James Mester, zur verlorenen Kunst des richtigen Atmens. Dabei geht es um eines unserer wichtigsten Organe, die Nase! Dies in einer Zeit, in der man versucht, uns mit Masken den Atem zu nehmen. Ansonsten lese ich gerade »Propaganadamatrix« von Professor Michael Meyen, weil ich selbst gelernter Journalist bin. Auch ich frage mich, wie es dazu kommen konnte, dass wir einen solch schmalen Meinungskorridor haben. Wir müssen wieder in einen Diskurs kommen, weil der für eine Demokratie grundlegend wichtig ist.

Wie steht es allgemein um die Kulturproduktion in der Bundesrepublik?
Die Kultur ist für mich ein sehr persönliches Thema, denn auch ich bin Kulturschaffender – auch wenn ich eher Populäres mache, weniger Alternatives – und selber jahrelang auf den Bühnen gestanden habe, um die Leute zum Lachen zu bringen. Wie wenig Relevanz und Aufmerksamkeit die Kultur in dieser Krise zugesprochen bekommen hat! Damit wurde eine Lebensader gekappt. Denn durch Kultur verstehen wir, lachen wir, fühlen wir – das alles ist so gut wie auf Null gefahren. Die Kultur muss aufatmen können, ohne dass man uns diktiert, wer und wie unser Publikum zu sein hat. Ich wünsche mir Kultur für alle Menschen, unabhängig davon, ob sie ein medizinisches Zeugnis vorweisen können.

Wir danken Ihnen für das Gespräch.
Die Fragen stellte Anselm Lenz.

SPORT MIT BERTHOLD

MEHRHEIT DER LIGA LÄSST SICH NICHT IMPFEN

»Na, Gott seit Dank, da arbeitet noch der Verstand«, dachte ich mir. Die englische Tageszeitung *Daily Mail* meldete, dass die große Mehrzahl der Fußballprofis der derzeit besten Liga der Welt sich nicht dem mRNA-Experiment aussetzt. Die Spitzensportler der Premier League arbeiten mit ihrem ganzen Körper, brauchen ihn, spüren, was gut für sie ist – sonst würden sie nicht zu den besten Athleten der Welt zählen können.

Offiziell haben sich laut dem Bericht maximal 35 Prozent der Profis spritzen lassen. Ich gehe davon aus, dass sogar diese Quote real noch weit zu hoch gegriffen ist. Ich denke, der derzeit angesehendste und kompletteste Spieler der Welt, Christiano Ronaldo wird auch weiterhin diese Substanz von sich fernhalten – und das noch deutlicher, als er die zuckrige Coca-Cola-Flasche bei der weltbekannt gewordenen Pressekonferenz von sich wegschob und sagte: »Trinkt lieber Wasser!« Ergo: Treibt lieber Sport, haltet Euer Immunsystem auf Trab, anstatt Euch dieses Zeug reinjagen zu lassen!

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.



Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

samte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 64. Ausgabe ab Samstag, 2. Oktober 2021. | Redaktionsschluss war am 30. September, 7:15 Uhr. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von maximal 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an K.D.W. e.V., **IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84 · BIC GENODEF1SLR**.

Chefredaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp **Chef vom Dienst:** Burak Erbasi, Ronja Palmer (stv.) **Ressortleitung Wirtschaft:** Hermann Ploppa **Ressort Naturwissenschaft:** Markus Fiedler **Österreich-Korrespondent:** Eric Angerer **Ressort International:** Ronja Palmer **Sportchef:** Thomas Berthold **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Anselm Lenz **Fotoressort:** Steve Schramm, Hannes Henkelmann, Gerd Danigel **Weitere Redaktionsmitglieder:** Dr. Yana Milev, Vicky Richter, Markus Haintz, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Dr. Tamara Ganjalyan, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Clark Kent, Doro Neidel, Dr. med. Alexander Richter, Johnny Rottweil, Samuel Gfrörer, Gerda Thiele. **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp. **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperation:** De Andere Krant, Amsterdam.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

Die kommende Ausgabe DW 65 erscheint am 9. Oktober 2021.